

nach gemacht worden ist, eine Diskussion daran zu knüpfen. Ich kann Sie nur darauf verweisen, Ihre Erklärung schriftlich einzureichen. Eine Diskussion über „Erklärungen“ ist unzulässig.

Leber teilt mit, daß es ausgeschlossen ist, den Parteitag morgen zu Ende zu führen. Das Marktfest findet daher wie geplant morgen nachmittag statt; heute abend geben die Jenerfer Genossen den Parteitagsmitgliedern zu Ehren einen Konzertabend im „Volksbause“.

Schluß der Sitzung nach ½ 7 Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 15. September 1911. — Vormittagsitzung.

Die Tribünen sind überfüllt.

Vorsitzender Leber eröffnet die Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Klara Zetkin mit, daß in New-York die Genossin Krey-Cramer verstorben ist. (Der Parteitag erhebt sich von den Plätzen.) Sie war ein Kind des Volkes aus Deutschland und gehörte unter dem Ausnahmegejes zu den ersten Frauen mit, die organisierend und agitierend unter die Massen des weiblichen Proletariats hinausgegangen sind. Sie wurde von den Stürmen des Ausnahmegejes nach New-York getrieben und gehörte dort zu den tätigsten und geachtetsten Agitatoren der deutschen Sozialdemokratie in den Vereinigten Staaten. Sie gründete dort nach deutschem Muster eine zentralisierte deutsche Frauenbewegung, die in bezug auf Grundzüge und Taktik auf dem Boden unserer Bewegung steht. Sie haben sich in Anerkennung der Verdienste der Genossin von den Plätzen erhoben. Ich stelle das fest.

Dann folgt das Referat über

„Die Reichstagswahlen“.

August Bebel: Bevor ich auf mein Referat eingehe, bin ich genötigt, meinen gestrigen Ausführungen eine kleine Berichtigung zuteil werden zu lassen. Ich hatte anlässlich der Darstellung der Vorgänge auf dem Internationalen Kongress zu Stuttgart bezüglich der Militärkommission angegeben, daß die Franzosen in ihren verschiedenen Fraktionen sich für den Massenstreik im Kriegs-falle erklärt hätten. Das war ein Irrtum von mir. Die Guesdisten haben sich in der Kommission auf das entschiedenste dagegen erklärt und haben schließlich für unsere Resolution gestimmt, und gleichzeitig die österreichischen Genossen unter Führung des Genossen Dr. Adler, die im gleichen Sinne stimmten. So wurde in der Subkommission mit 8 gegen 4 Stimmen die deutsche Resolution angenommen und schließlich mit großer Mehrheit im Plenum der Kommission und im Plenum des Kongresses.

Parteiengenossen! Der im Januar 1907 gewählte Reichstag geht nunmehr seinem Ende entgegen, und wenn nicht alles täuscht und wenn nicht unerwartete Ereignisse eintreten, die eine Verschiebung der Wahlen aus irgendeinem Grunde herbeiführen, dürften die Wahlen in der ersten Hälfte des Januar, also in genau vier Monaten, stattfinden. Man will dann, wie ich aus guter Quelle hörte, in der zweiten Hälfte des Januar die Stichwahlen vornehmen und glaubt, Anfang Februar, jedenfalls in den ersten Tagen desselben den neuen Reichstag berufen zu können.

Der jetzt bestehende Reichstag hat ein tragisches Geschick erlebt. Bekanntemahen fanden die Gottentottenwahlen unter der Parole statt: Gegen Sozialdemokratie, Zentrum und Polen! Diese drei Fraktionen hatten bei der Abstimmung am 13. Dezember 1906 in der zweiten Lesung über eine geforderte Summe für den Kriegsetat für Südwestafrika sich dagegen erklärt und mit ein oder zwei Stimmen die Vorlage zur Ablehnung gebracht. Es war zweifellos, daß, wenn es zur dritten Lesung gekommen wäre — das hatte der Redner des Zentrums hinlänglich deutlich angezeigt —, die Position im Sinne der Regierung entschieden worden wäre. Aber es hatte sich mittlerweile im Reichstage eine Konstellation gebildet, die um jeden Preis den Bruch herbeiführen wollte, die auflösen wollte, weil man hoffte, daß man durch die Auflösung eine neue, der Regierung günstigere Zusammensetzung des Reichstages herbeiführen würde.

Und in der Tat gelang es. Ich habe vom Jahre 1867 an alle Wahlen zum Norddeutschen und Deutschen Reichstag mitgemacht, und ich muß sagen, so viel auch an Druck von Regierungsseite und von Seiten der Unternehmer vorgekommen sein mag, ein solcher Druck, wie bei diesen Wahlen, ist noch niemals ausgeübt worden. (Sehr richtig!) Selbst zu Bismarcks Zeiten fand nicht ein Druck in ähnlichem Maße statt. Vom Minister bis zum Nachtwächter wurde alles gegen uns mobil gemacht, und so war der Erfolg, daß wir zwar einen Stimmengewinn von einer Viertelmillion Stimmen hatten, aber 30 Mandate verloren, daß wir von 79 bis auf 43 zurückgingen. Großer Jubel erhob sich, nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen internationalen bürgerlichen Welt. Die Hoffnung wurde ausgesprochen, die Sozialdemokratie sei jetzt unterdrückt und ihr Ende nahe. Als ich in einer der ersten Sitzungen des Reichstages das Schicksal des Gottentottenblocks, wie wir ihn nannten, charakterisierte und das Zitat brauchte:

„In den Ozean schiff mit tausend Raketen der Jüngling,
Still auf gerettetem Kahn steht in den Hafen der Greis“

lachte alles und man rief mir zu, das treffe auf mich zu. (Heiterkeit.) Nun, die Dinge haben einen anderen, den von mir vorausgesagten Verlauf genommen. Der Gottentottenblock ist in Trümmer gegangen und sein Erzeuger, der Fürst Bülow, wandelt heute trauernden Herzens an den Ufern der Tiber, ihn schmerzt tief das Geschick, das ihn ereilte. (Heiterkeit.) Und sein anderes Ich, Herr Dernburg, hat es vorgezogen, ebenfalls zu scheiden. Er sitzt auf seiner Villa im Grunewald und wird weiblich geärgert durch unsere neuen Landsleute, die Schwarzen (Heiterkeit), die dort in einer Truppe Vorstellungen geben und ihm dabei nicht nur die Tagesruhe, sondern auch die Nachtruhe rauben. (Heiterkeit.) Ich habe ihm dieses Geschick ehlich gegönnt. (Erneute Heiterkeit.)

Wer am 25. Januar 1907 in Berlin war, war Zeuge des maßlosen Jubels, der alle bürgerlichen Kreise erfaßte, als die Wahlergebnisse bekannt wurden. In ungeheuren Scharen zogen sie zum Fürsten Bülow, und obgleich keine Versammlung unter freiem Himmel anberaumt war, fand doch eine statt, in der Fürst Bülow eine Rede hielt. Und von da ging es zum Kaiser, der eine Ansprache hielt, in der er das bekannte Wort aus dem „Pringen von Somburg“ zitierte:

„Was kümmert dich die Regel, nach der der Feind sich schlägt,
Wenn er nur nieder vor dir mit allen seinen Fahnen sinkt
Die Regel, die ihn schlägt, das ist die höchste.
Die Kunst jetzt lernten wir, ihn zu bestegen,
Und sind gewillt sie fürder auch zu üben.“

Es kam auch hier anders. Die Auflösung des neuen Reichstages stand einen Augenblick in Frage, damals, als die Finanzreform des Fürsten Bülow abgelehnt wurde. Damals trat man an den Kaiser wegen der Auflösung heran, da soll aber der hohe Herr gesagt haben: „Ich traue mich nicht!“ (Heiterkeit.) Er hatte gemerkt, daß mittlerweile die Stimmung eine total andere geworden war. Die Nachwahlen hatten gezeigt, daß die Sozialdemokratie nicht tot war, daß die Niedergerittenen lebten. Ein Sieg nach dem anderen wurde erfochten, wir eroberten mehr Mandate, als alle bürgerlichen Parteien zusammen, und heute stehen diese schlotternd vor der Aussicht, die ihnen die nächsten Wahlen bieten. (Heiterkeit.) Derselbe Jubel über den Ausfall der Januarwahlen herrschte in anderen Kreisen. Der katholische König von Sachsen erinnerte sich plötzlich eines Wortes des Protestantens Ulrich von Hutten. „Es ist eine Lust zu leben!“ rief er aus. (Heiterkeit.) 1903, als von den 23 sächsischen Mandaten 22 von uns erobert wurden, klang es freilich ganz anders. König Eduard sandte telegraphische Glückwünsche an den deutschen Kaiser, der Kaiser von Oesterreich gratulierte ebenfalls, kurz, die Internationale der Fürsten nahm gegen die Internationale der Arbeiter Stellung. (Heiterkeit.) Und nun gar der Jubel im liberalen Lager! Jahrzehnte hatten die armen Schwächer gekämpft, um endlich einmal ein bißchen Regierungsgunst zu erlangen. Endlich fing die Regierungssonne an, ihnen zu leuchten, Bülow war bereit, sie in den Götentotentenblock aufzunehmen — allerdings in eine sehr wunderbare Gesellschaft. Jeder vernünftige Mensch hätte sich sagen müssen, daß das eine Mißgeburt war, eine Zusammenschweißung von Elementen, die unmöglich zusammenhalten konnten, weil die Interessengegensätze viel zu groß waren. (Sehr richtig!) Der Bülowblock ist ja auch, wie vorauszusehen war, in die Brüche gegangen, an seine Stelle ist der schwarz-blaue Block getreten. Ganz mit Recht, denn der schwarz-blaue Block ist in Wahrheit homogen. Seine Elemente gehören ihrer inneren Natur nach zusammen. In der Sozialpolitik, der Agrarpolitik, der Gewerbepolitik, der Steuerpolitik, der Verkehrs politik, in Schul- und Kirchenfragen, in Militär- und Flottenfragen, im Kampf gegen Kunst und Wissenschaft besteht volle Gemeinschaft der Interessen und Anschauungen zwischen Zentrum und Konservativen. (Sehr richtig!) Diese gehören ihrer inneren Natur nach zusammen, und wenn sie erst jetzt zusammengelassen sind, so, weil die Ursachen, die seinerzeit den Kulturkampf traurigen Angebensens hervorgerufen haben, verschwunden sind. Ich habe schon anfangs der siebziger Jahre, als der Kulturkampf entbrannte, in meiner Rede gegen das Jesuitengewelt gesagt: „Ihr werdet das Gegenteil erreichen von dem, was Ihr erreichen wollt, statt das Zentrum zu schwächen, werdet Ihr es stärken.“ Und in der Tat ist das Zentrum groß geworden nicht trotz des Kulturkampfes, sondern gerade wegen des Kulturkampfes. (Sehr richtig!) Der hat ihm erst die Massen zugeführt, und noch heute sehen wir, daß, wenn es die wandenden Massen wieder an seine Fahne fesseln will, es sofort die Kulturkampffahne hervorholt. Dann heißt es: die katholische Kirche ist in Gefahr, die Religion ist in Gefahr. Dann werden wieder die alten Schlagworte hervorgeholt, an die kein denkender Katholik mehr glaubt, und diejenigen, die die Fahne und diese Schlagworte hervorholen, erst recht nicht. (Heiterkeit und Sehr gut!) Denn sie wissen, daß die katholische Kirche sich heute in Deutschland außerordentlich mollig fühlt, und einzelne Führer des Zentrums haben auch offen erklärt, so gut, wie es uns im Deutschen Reich geht, geht es der katholischen Kirche nirgends. Man braucht ja nur auf das katholische Frankreich, auf das katholische Portugal, vielleicht auch auf Spanien hinzuweisen, um die Unterschiede zu erkennen. (Sehr richtig!) Nein, der sogenannte Kulturkampf ist ein für

allemaal zu Ende, er wird wie gesagt nur ab und zu hervorgeholt, um die wandenden Massen wieder an die Fahne des Zentrums zu fesseln. Die Massen des Zentrums wandern in der Tat, womit ich nicht sagen will, daß der Sturz bald kommt, dazu ist das Zentrum zu fest, aber sein Verhalten im Reichstage und in den Landtagen wird in der weiteren Entwicklung zu seinem Sturz beitragen.

Wie sich nun die Dinge entwickelt haben und wie uns der schwarz-blaue Block heute als geschlossene Mehrheit des Reichstages gegenübersteht, ist es selbstverständlich, daß wir alles aufbieten müssen, um den schwarz-blauen Block zugrunde zu richten, um seinen Einfluß im Reichstage zu vermindern. (Sehr richtig!) Das Zentrum betreibt eine ganz widersprechende Taktik. Es ist die grundsatzloseste Partei, die es gibt. Es hat gar keine Prinzipien, es treibt die reinste Zweckmäßigkeitspolitik. (Sehr richtig!) Das Zentrum tut heute genau das Gegenteil von dem, was es gestern getan, wenn ihm das Vorteile bringt. Es tritt in Bayern im Bunde mit der Sozialdemokratie für das allgemeine Stimmrecht ein, es fordert in Baden das allgemeine Wahlrecht, und in Preußen und Hessen ist es der entschiedenste Gegner des allgemeinen Wahlrechts! (Hört! hört!) Seine einzelnen Glieder in den Staaten und Ländern richten sich ganz und gar nach dem Augenblick und seinen Möglichkeiten und Vorteilen, und man fragt gar nicht danach, ob Grundsätze und alte Anschauungen dabei mit Füßen getreten werden. (Sehr richtig!)

Das Bündnis des Zentrums mit der Sozialdemokratie in Bayern war so regelrecht abgeschlossen, wie es regelrechter nicht zwischen zwei Parteien abgeschlossen werden kann. (Hört! hört! und Sehr richtig!) Da aber nach der Natur der Entwicklung unserer inneren Verhältnisse sich das Zentrum in den nächsten Wahlen mit aller Behemung und mit all den schiefen Mitteln, die ihm im reichlichsten Maße zur Verfügung stehen und die es ohne jede Gewissensthrupel anwendet, denn schließlich absolviert in der nächsten Weich die einzelnen der Pfaff (Heiterkeit), wird es sich mit aller Kraft auf Euch (zu den bayerischen Delegierten) stützen. Darum gilt es, an dieses Bündnis zu erinnern. Es war der gegenwärtige Erzbischof von München, der 1903 mit unserem inzwischen leider verstorbenen Genossen Franz Joseph Ehrhart im Dom zu Speyer und am möglichst ruhiger Stelle, unten in der Krypta bei den Kaisergräbern (Hört! hört! und Heiterkeit), die Vereinbarungen für die nächsten Landtagswahlen traf, die auch durchaus eingehalten wurden. Parteigenossen! In jeder Volksversammlung, in der Ihr dem Zentrum gegenübertrtet, müßt Ihr ihm diesen Fall, den es nicht wegleugnen kann, unter die Nase reiden. Es sind heute noch Zeugen dafür da, wenn Versuche gemacht werden sollten, das Bündnis wegzutreten. Der Erzbischof von München, Herr Wettinger, ist im Gegensatz zu 1903 heute einer der ärgsten Hasser der Sozialdemokratie. (Hört! hört! und Sehr wahr!) Nehmt diesen Vorgang wahr, nutzt ihn gründlich aus, die katholischen Köpfe müßten doch noch härter sein, als sie im allgemeinen sind, wenn sie nicht begreifen wollten, daß ein schändes Spiel mit ihnen getrieben wird. (Sehr richtig! Sehr gut!)

In nachdrücklicher Weise aber muß ausgenutzt werden die Stellung des Zentrums zu den entscheidenden Fragen im Reichstage, zu den Lebensmittel- und Fleischbullen, zu den Sperrmahlregeln, zu der ganzen agrarischen Politik, denen ein ganz wesentlicher Teil der Verteuerung der Nahrungsmittel zu danken ist, sowie zu den indirekten Steuern. Wie hat sich da das christliche Zentrum aufgeführt? (Sehr richtig!) Wir kämpfen für die Armen und Elenden, für die Mühseligen und Beladenen. Das sollte auch als angeblich christliche Partei das Zentrum tun, es wäre seine vornehmste Aufgabe. Vor Jahren schon habe ich im Reichstage einmal ausgerufen: Wenn Euer Christus einmal wiederkäme

und Mitglied des Reichstages würde, er würde nicht bei Euch im Zentrum, sondern bei uns, der Sozialdemokratie, seinen Platz einnehmen, weil sie die einzige Partei ist, die die rein menschlichen Grundsätze seiner Lehre vertritt. (Lebhafte Weisfall.)

Das Zentrum hat alle Militär- und Flottenvorlagen unterstützt, und es benimmt sich jetzt wieder in der Marokkofrage aufs äußerste zweideutig. Da lese ich in einer Zeitung, daß der Abg. Trimborn vor einigen Tagen auf einer Katholikenversammlung in Koblenz erklärt hat, wenn die Ehre des Vaterlandes bedroht sei, wenn der Kaiser rufe, würden sie Gut und Blut einsetzen. Herr Trimborn hat gut reden, er ist alt genug, um nicht mehr dranzukommen, Gut und Blut einzusetzen. (Heiterkeit.) Aber was sind das für Mänöver. Man glaubt, mit derartigen Mitteln auf die schwache Seite des Kaisers spekulieren zu können. Es ist ja jetzt überhaupt ein Wuhlen in allen bürgerlichen Kreisen um die Gunst des Kaisers, daß einen ein wahrer Esel erfassen muß. (Lebhaftes Gehr wahr!) Ich glaube, der Kaiser muß selbst derartige Empfindungen haben. Er muß eine wahre Menschenbeachtung empfinden, wenn er das Paß ansieht, das sich an ihn herandrängt und um seine Gunst wirbt. (Sehr gut!) Da ist kein einziger aufrechter Mann, der den Mut hat, seine Lieberzeugung zu sagen, die Wahrheit auszusprechen. Man kann im Bürgertum des ganzen Reiches mit der Laterne nach Männern von Entschiedenheit und Lieberzeugungstreue suchen, man wird keine finden. Das deutsche Bürgertum ist in den letzten Jahrzehnten an Charakter von Etappe zu Etappe immer tiefer gesunken. Auch die Liberalen, und trotz alledem — find wir schließlich in der Klemme, wenn wir bestimmen sollen, was wir bei den Stichwahlen tun sollen. (Sehr richtig!)

Würde das Zentrum ernstliche Sozialpolitik treiben, hätte es unsere Anträge unterstützen müssen, müßte es mit uns die Lebensmittelzölle bekämpfen. Mit Leichtigkeit kann nachgewiesen werden, daß die Anträge der Sozialdemokratie, die das Zentrum und andere bürgerliche Parteien in früheren Jahren entschieden bekämpft haben, von ihnen nach 10, 12, 14 Jahren selbst angenommen und unter der Firma „eigene Anträge“ eingebracht wurden, weil auch das Zentrum durch die Entwicklung der industriellen Arbeiterklasse, auf die es namentlich in Rheinland und Westfalen in hohem Grade angewiesen ist, Rücksicht nehmen muß. Bismarcks Wort, das er, provoziert durch unseren Genossen Auer, am 26. November 1884 sprach: „Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe und sich nicht eine Menge vor ihr fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir bisher in der Sozialpolitik überhaupt gemacht haben, auch nicht existieren“ — das gilt heute noch genau so, wie damals. Auch das wollen die bürgerlichen Parteien wegstreiten, es sei nicht in dem Sinne gemeint gewesen, wie wir es auslegten. (Heiterkeit.) Es ist gar kein Zweifel daran möglich, daß es so gemeint war, man muß nur die Situation kennen, in der wir damals standen. Wie soll es auch anders ausgelegt werden können.

Und erst die Steuerpolitik des Zentrums! Die 450 Millionen neuer Steuern, die vor zwei Jahren die große Mehrheit des Reichstages bewilligte, sind ja in erster Linie dem christlichen Zentrum zu verdanken, das müssen wir mit aller Schärfe festhalten. Das Zentrum war es, das die Erbschaftsteuer und nachher die Nachlasssteuer zu Falle gebracht hat. Die Liberalen waren auch bereit, dem Kanzler Bülow 500 Millionen neuer Steuern zu präsentieren, und zwar neben 400 Millionen indirekter 100 Millionen direkter Steuern, worunter hauptsächlich die Nachlasssteuer. Das Zentrum hätte seiner ganzen Natur nach als christliche Partei die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit gehabt, für diese Steuern einzutreten. Ja, es hätte sogar die Pflicht gehabt, diese Hunderte von Millionen auf die Schultern der Wohlhabenden und Reichen und nicht auf die der Armen und Glenden abzuwälzen. (Sehr richtig!)

Das ist nicht geschehen. Im Gegenteil, es bot alles auf, um eine gerechte Steuerpolitik unmöglich zu machen. Das Zentrum hat Steuern gutgeheißen, die nachher die schwersten und verhängnisvollsten Folgen für ganze Industrien, ich erinnere nur an die Zündholz-, Tabak- und Brauereindustrie, nach sich zogen, wodurch Zehntausende von Arbeitern auf Monate und Jahre brotlos gemacht wurden, eine Menge selbständiger Geschäftleute bankrottierten. (Lebhaftes Sehr richtig!) Und wenn dann, wie es selbstverständlich ist, solche Steuern auch einen entsprechenden Ertrag ergeben, hat das Zentrum noch die Unverschämtheit, von dem Erfolg einer solchen Steuerpolitik zu reden, als wenn es nicht ganz selbstverständlich wäre, daß schließlich eine solche Masse brotloser Steuern, die man dem Volke auferlegt, auch etwas einbringen! (Sehr wahr! Sehr richtig!) Selbstverständlich war hier das Zentrum nicht allein. Die Liberalen standen ausnahmsweise einmal in der Opposition, aber die Konservativen und die sogenannten Mittelstandspolitiker unterstützten, ganz gegen die Interessen des Mittelstandes, diese Steuerpolitik. (Sehr richtig!)

Diese Mittelstandspolitiker, diese Antisemiten sind auch diejenigen, die sich bei jeder Gelegenheit als Retter des Mittelstandes aufspielen, und alsdann alle Militär-, Flotten- und Kolonialvorlagen, mag die daraus erwachsende Belastung noch so groß sein, unbesehen hinnehmen; die angeblich das Kleinbürgertum retten wollen, und die in ihrer ganzen Zoll- und Steuerpolitik gerade dem Kleinbürgertum Lasten aufbürden, die es fast erdrücken. So wird die Rettung des Kleinbürgertums, des Kleingewerbes und Kleinhandels von jener Seite und dem Zentrum betrieben! Wunderbar ist nur das eine, daß die katholischen Arbeiter und die antisemitischen Kleinbürger nicht begreifen, welche Politik ihre Vertreter im Reichstage betreiben, wie sie gerade das Gegenteil von dem tun, was sie von Rechts wegen tun müßten. (Lebhaftes Sehr richtig!)

Und nun der berühmte Erfolg. Der Etat von 1910 hat einen angeblichen Uberschuß von 117 Millionen Mark gehabt. Darob große Freude in Israel! (Große Heiterkeit.) Da seht Ihr, was für einen Erfolg die Steuern gehabt haben, so schreit das Zentrum und seine Verbündeten, da seht Ihr, daß wir dem Volke nicht zu viel zugemutet haben und in welche gute Finanzlage das Reich kommt. Der Mann, der in Berlin am Reichssteueramt sitzt, der Reichsschatzsekretär Herr Wermuth, hielt sich verpflichtet, sofort zurückzuweisen und zu erklären: „Hallo, redet Ihr mir nicht von den guten Finanzen (Heiterkeit), das ist gar nicht der Fall; wir haben eine Masse Schulden zu decken, deren Zahlung wir übernommen haben, und trotz der 117 Millionen können wir nicht einen einzigen Pfennig für Schuldenzahlung aufbringen. (Hört! hört!) Hatte doch auch Herr Wermuth in seiner Etatsrede im Reichstag erklärt: „Meine Herren! Der Etat ist nur dadurch ins Gleichgewicht gekommen, und ohne daß wir größere Schulden aufnehmen mußten, als sie ohnehin im Etat gefordert werden, daß wir rund hundert Millionen, die von den verschiedenen Ressorts angemeldet wurden, gestrichen haben.“ (Lebhaftes Hört! hört!) Herr Wermuth hat also Absicht, in erheblicher Höhe von den Forderungen gemacht und gesagt: Nein, Kinder, Ihr müßt maßhalten (Heiterkeit), wenn wir später Geld haben, mit Vergnügen, vorläufig haben wir es nicht. Ob Sie es bekommen werden, darüber werden wir später reden. (Heiterkeit.) Mittlerweile sind Ereignisse eingetreten, die die Situation in dieser Hinsicht nicht verbessert haben.

Außer den neuen Steuern und Militärvorlagen hat das Zentrum auch die Flottenvorlage von 1909 mit Hurra-Geschrei bewilligt. Bei dieser Gelegenheit stellten die Nationalliberalen in der Budgetkommission des Reichstages die Forderung, es sollten die Kriegsschiffe der Kaiser-, Mittelstabs- und Siegfried-

Kaſſe, die mehr oder minder durch die moderne Technik überholt ſein, durch Neubauten erſetzt werden. Das hätte zwar eine ganz bedeutende Verſtärkung der Flotte, aber auch ganz bedeutende Mehrausgaben erfordert. Wenn das Zentrum, die Liberalen und Konſervativen — heute ſind in dieſer Beziehung alle bürgerlichen Parteien einig, ſolche Ausgaben zu bewilligen, weil ſie angeblich im Intereſſe des Vaterlandes notwendig ſein — bewilligen wollen, ſollten ſie es als Anſtandsſache anſehen, daß die Wohlhabenden und Reichen die daraus entſtehenden Mehrkoſten aus eigener Taſche bezahlten. (Sehr gut!) Denn ihre kapitaliſtiſchen Intereſſen ſind es in erſter Linie, die durch dieſe Miſtungen geſtüzt und unterſtüzt werden ſollen. Würde Deutſchland in einen Krieg verwickelt, würde Deutſchland eine Niederlage erleiden, dann wären es die großen Maſſen, die leider abermals die ungeheuren Opfer zu bringen hätten. Was tragen denn die Herren zu den Laſten des Landes bei? Was zahlen ſie an Kaffeesteuer — von der Branntweinsteuer gar nicht zu reden — was zahlen ſie an Zudersteuer, Getreidezöllen uſw. im Vergleich zu ihrem enormen Einkommen? Wo ſitzen denn die Millionäre und Milliardenäre anders als gerade in den Kreiſen, denen gar nicht genug gerüſtet werden kann. Was aus dem Budget dieſer Kreiſe in die Reichskaſſe fließt, iſt gar nicht im Vergleich zu ſtellen mit dem, was der arme Arbeiter zu leiſten hat, ja ſelbſt der ärmſte Arbeiter. (Sehr richtig!) Ihn treffen dieſe Laſten am ſchwerſten. Je mehr Kinder er beſitzt, je mehr Gottes Segen bei ihm eingekehrt iſt, wie die Frommen ſagen, um ſo mehr wird er bedrückt. (Heiterkeit und Weiſfall.) Hier zeigt ſich die ganze Heuchelei der chriſtlichen Parteien mitſamt der Kirche. Da heißt z. B. ein Pfaffe in der „Evangelischen Kirchenzeitung“ zum Kriege. Das betrachtet er offenbar als ein echt chriſtliches Werk, ſo gehört es ſich wohl für einen Diener der Kirche. Und kommt es dann zum Kriege, dann ſteigen die Geiſtlichen auf 80 000 Kanzeln in Deutſchland und beten zu ihrem Gott, er möge den Deutſchen den Sieg verleihen. Unglücklicherweise machen das die Franzoſen, die Engländer, die Spanier ebenſo (Heiterkeit), und da wir heute nicht mehr, wie zu den Zeiten der Griechen, der Römer, der Gallier oder Germanen nationale Götter haben, ſondern einen einzigen internationalen Gott, da wir einen allgemeinen Chriſtengott haben, ſo kommt dieſer in die ſcheußlichſte Verlegenheit, wenn er denn eigentlich helfen ſoll. (Große Heiterkeit.) Denn wenn er dem einen hilft, ſind die anderen wütend, daß er ſie im Stich geſaſſen hat. (Heiterkeit.) Das iſt ein Beweis dafür, wieviel wir in Wahrheit mit chriſtlicher Heuchelei zu tun haben.

Wenn man alle dieſe Vorgänge bedenkt und beobachtet, wie in allen Ländern geheuchelt wird, muß man ſagen: Solange die Menſchheit beſteht, hat es kein Heilalter gegeben, in dem die Heuchelei und die Lüge zu einer ſolchen Herrſchaft gelangt iſt, wie in der heutigen Zeit. (Lebhafte Zuſtimmung.)

Ich komme zum Militärquinquennat. Dieſes iſt bekanntlich in der letzten Seſſion des Reichstags bewilligt worden und erfordert bis 1915 eine Mehrausgabe von 104 Millionen Mark. Man hat ohne großen Lärm dieſe Forderung gutgeheißen. Ich habe ſchon in meiner Eröffnungsrede angedeutet, daß auch bei dieſer Gelegenheit die Nationalliberalen und die Konſervativen ſich bereit erklärten, mehr zu bewilligen. Sie erklärten, ſie ſeien der Meinung, der Kriegsminiſter habe zu wenig gefordert. Sie machten es ungefähr ſo, wie es dieſer Parteitag dem Parteivorſtande gegenüber gemacht hat. (Heiterkeit.) Ihr habt dem Parteivorſtand auch mehr bewilligt, als er haben wollte, doch das iſt in der Ordnung. (Erneute Heiterkeit.) Aber im Reichstage lagen die Dinge anders. Man erklärte, man wolle dem Kriegsminiſter gern mehr bewilligen, er ſolle nur mehr fordern. Nun muß aber doch der Kriegsminiſter am beſten wiſſen, was zur Schlagfertigkeit der Armee gehört, was notwendig

iſt. Erſt auf dieſe Erklärung hin ließ man von der unſinnigen Aufforderung ab, mehr zu verlangen.

Wir werden allerdings auf dem Gebiete der Militärverwaltung eine ſehr wichtige Forderung zu ſtellen haben, die wir ſchon ſeit Jahren vertreten. Wir hatten bereits 1906 im Reichstage den Antrag geſtellt, daß endlich den armen Kerlen, den gemeinen Soldaten, ihre täglichen 22 Pf. entſprechend erhöht würden. (Sehr gut!) Dieſe 22 Pf. Tageslohn beſtehen wohl ſchon ſeit halb einem Jahrhundert. Inzwiſchen ſind gewaltige Umwälzungen in der Geſellſchaft vor ſich gegangen. Die Lebensmittelpreise, der Geldwert haben eine wahre Revolution durchgemacht. Man hat vom Unteroffizier aufwärts bis zum Generalfeldmarschall wiederholt zum Teil ſehr bedeutende Gehaltsaufbesserungen gutgeheißen. Heute bekommt ein General ſo viel, daß, wenn der alte Wilhelm das erlebt hätte, er die Hände über den Kopf zuſammenschlagen würde. (Heiterkeit.) Für die Gemeinen iſt es bisher bei den Lumpigen 22 Pf. pro Tag geblieben. Wir verlangten weiter, daß nicht allein der Sold erhöht werde, ſondern daß den armen Kerlen auch die Koſten für das Putzzeug, das ſie beim Eintreten ins Militär nötig haben, erſetzt würden. Das letztere iſt bewilligt worden. 1908 haben wir aufs neue den Antrag auf Soldderhöhung geſtellt. Die Gemeinen, einschließlich der Spielleute, Oekonomiehandwerker uſw. ſollten im nächſten Etat eine entſprechende Soldderhöhung erfahren. Der Antrag wurde abgelehnt. Auch da empfahl ich Ihnen bei der Wahl, wenn wieder von der Wehrloſmachung des Deutſchen Reiches durch die Sozialdemokratie die Rede iſt, darauf hinzuweiſen, daß wir es gewefen ſind, die den armen Teufeln die erforderliche Soldderhöhung bewilligen wollten, die ſie trotz unſerer Bemühungen bis heute noch nicht erhalten haben. Aber dafür iſt kein Geld vorhanden. Wenn man den Sold von 22 auf 32 Pf. erhöhen würde, was durchaus gerechtfertigt wäre, ſo würde das dem Deutſchen Reiche 18 bis 20 Millionen Mark jährlich mehr koſten. Das iſt den Herren zu viel, aber wenn es ſich um große Verſtärkungen im Heere und bei der Marine handelt, werden Hunderte und Tausende von Millionen bewilligt. Die Erhöhung des Soldes verbieten die gemeinen Soldaten am eheſten. Es ſind zahlreiche Proletarier unter ihnen, die ihre Angehörigen in Not und Elend zurüklaffen. (Sehr richtig!)

Als 1907 der Etat beraten wurde, hat Fürſt Bülow auch zu der Frage Stellung nehmen müſſen, welches Programm er habe. Er hat allerlei gemurmelt, was ein Programm ſein ſollte. Er erklärte unter anderem auch: ich denke an Erſparniſſe durch Vereinfachungen in der Armee. Der Kriegsminiſter, der dicht daneben ſaß, wurde ein wenig bleich. (Heiterkeit.) Das hatte er wohl nicht für möglich gehalten, daß der Reichskanzler ſo etwas ſagen konnte. Aber er brauchte keine Furcht zu haben. Fürſt Bülow iſt ein angenehmer Cauſeur, er hat das Wort von den Erſparniſſen bei der Armee nur geprägt als Beruhigungspulver für die Liberalen. (Sehr richtig!) Selbſtberſändlich iſt von Erſparniſſen nicht die Rede gewefen. Es wurden ſogar auf verſchiedenen Gebieten, abgesehen vom Quinquennat, mehr oder weniger Mehrausgaben bewilligt. Das war allein ſchon bedingt durch die beſtändige Verteuerung der Lebens- und Futtermittel.

Sehen wir uns nun einmal die ſogenannte Finanzreform in ihrer Totalität an. Fragen wir, was ihr finanzieller Nutzen war, dann entbeden wir, wenn wir genau zuſehen, daß das gerade Gegenteil von dem, was damit beabſichtigt war, herausgekommen iſt. (Sehr richtig!) Da ſind zunächſt die großen Mehrausgaben für die Armee für Futtermittel und die Bedürfniffe der Mannſchaften. Ebenſo bei der Flotte. Die Verteuerung der Lebensmittel durch die Finanzreform hat weiter zur Folge gehabt, daß die Gehälter der Beamten erhöht werden mußten. Der preußiſche Staat hat dadurch über hundert Mil-

Kronen Mehrausgaben zu bezeichnen; beim Reiche sind es ungefähr 90 Millionen. Die Mehrausgaben übertragen sich natürlich auch auf die Einzelstaaten und Kommunen. Auch bei ihnen müßten die Beamtengehälter erhöht werden. Das sind also zusammengenommen hunderte Millionen von Mehrausgaben, die durch den dem Agrarierium gewährten Schutz, durch die Lebensmittelpreise usw. entstanden sind. (Zuruf: Die Zivilliste!) Gewiß, auch in der Zivilliste tritt die allgemeine Verteuerung zutage. Majestät erklärten ja, er könne mit 16 Millionen nicht mehr auskommen. (Weiterleit.) Er erhielt $3\frac{1}{2}$ Millionen mehr. Das war das schlagende Zeugnis für die Situation. Weiter sind Mehrlasten entstanden für die Krankenhäuser, die Waisenhäuser, die Siechenhäuser, die Gefängnisse und alle möglichen Anstalten, in denen der Staat oder die Gemeinden Tausende und Abertausende von Menschen zu schützen, zu ernähren oder zu sichern haben. Wenn man das alles zusammenrechnet und in Vergleich stellt zu dem, was bei der ganzen Finanzreform herausgekommen ist, dann entsteht für Reich, Staat und Gemeinden ein gewaltiges Defizit, aber kein Ueberfluß. (Lebhafte Zustimmung.)

Das ist doch eine geradezu kopflose Steuerpolitik. Man sollte es nicht für möglich halten, daß erlauchte Regierungen mit ihren Ministern und Geheimräten und 400 auserwählten Mitgliedern der Nation — ich habe mir allerdings nie eingebildet, daß diese die Creme der Nation seien, aber es sind doch die, die ausgewählt wurden — daß diese in ihrer Mehrheit einer Finanzreform das Wort reden, durch die schließlich das Gegenteil dessen erreicht wurde, was man von ihr erwartete. (Sehr richtig!) Schließlich die Stellung des Zentrums bei der Reichsversicherungsordnung, die wieder den Verrat an arbeitenden Volke zeigt. Auf einzelnes will ich nicht eingehen, darüber hat schon Mollenhuth gesprochen, auch ist Ihnen darüber Material zugegangen und weiteres wird Ihnen noch zugehen. Ich will bei dieser Gelegenheit bemerken, daß das Reichstagswahlbuch im Laufe des Oktober an die Parteigenossen gelangen wird. Die Reform der Versicherungsgebung ist so, daß wir die erste Gelegenheit im neuen Reichstag werden ergreifen müssen, um eine Reform dieser Reform in Angriff zu nehmen, ja ich glaube, sogar die Regierungen werden genötigt sein, hierzu die Initiative zu ergreifen, weil sich herausgestellt haben dürfte, daß bei der Post, mit der die Reichsversicherungsordnung geschaffen wurde, sie lüdenhaft abgefaßt ist und einer Aenderung bedürftig.

Es ist kein Zweifel, dem neuen Reichstage stehen eine Reihe wichtiger Aufgaben bevor. Daß eine neue Flottenvorlage in Aussicht steht, ist selbstverständlich. Der Kaiser hat in seiner bekannten Rede auf dem Fest des Hamburger Senats bereits Andeutungen gemacht, die eine neue Flottenvorlage in sichere Aussicht stellen. Als ich mir die Entwicklung der Dinge in der Marokkofrage ansah, als sich insbesondere herausstellte, wie England in der Frage dachte, sagte ich mir sofort, nun ist die neue Flottenvorlage fertig, nun haben unsere Wasserbauingenieure Oberhand, jetzt werden sie losgehen und behaupten, die deutsche Flotte sei der neuen Situation nicht gewachsen. Die Flottengesetzgebung des letzten Jahrzehnts hat sich allmählich als viel teurer herausgestellt, als man annahm. Im Jahre 1898 bei der ersten Flottenvorlage kostete ein großes Linienenschiff noch 25 Millionen Mark, heute kostet ein Dreadnought 50 bis 60 Millionen Mark, genau das Doppelte (Hört, hört!); damals kostete ein erster Kreuzer 20 Millionen Mark, heute kostet ein Panzerkreuzer fast so viel wie ein Dreadnought, 45 bis 50 Millionen Mark. Auf allen Gebieten ist eine gewaltige Steigerung der Kosten zutage getreten, die selbstverständlich auch viel mehr Einnahmen erfordert.

Dazu kommt, daß in den letzten Wochen der französische Marineminister Herr Delcassé, bekanntlich ein „guter Freund“ Deutschlands, bereits erklärte,

er gehe mit einem großen Plane der Reformierung der französischen Flotte um. Frankreich hat in den letzten Jahren, gestützt auf das englische Bündnis, geglaubt, es könne seine eigene Flottenentwicklung zurückhalten. Die Laiken, die das französische Volk für den Militarismus zu tragen hat, sind ja auch kolossal, sogar noch höher als in Deutschland, aber es wird den Franzosen leichter, weil sie ein reicheres Volk sind. Die Franzosen haben nicht die großartige industrielle Entwicklung durchgemacht wie wir, die französische Bevölkerung ist seit nahezu 40 Jahren stabil geblieben, aber Frankreich hat einen ungemein fruchtbaren Boden und die Franzosen sind ein sogenanntes Sparvolk. Das Zweifelhafte ist bei ihnen in allen Schichten durchgeföhrt, und bei dem Ueberfluß an Geld haben die französischen Staatschulden einen so niedrigen Zinsfuß, mit dem der deutsche keinen Vergleich aushält. Das Geld ist im Ueberfluß vorhanden, und weil es im eigenen Lande mangels einer großen industriellen Entwicklung keine Verwendung findet, müssen die Kapitalisten ihre Millionen im Auslande unterbringen. Nun kündigte Herr Delcassé an, es werde der Kammer eine Flottenvorlage zugehen, es sei ihm gelangt, die Einrichtung für die Herstellung der Kriegsschiffe so zu vervollkommen, daß er imstande sei, binnen zwei Jahren 12 Dreadnoughts fertigzustellen, und hoffe, innerhalb weniger Jahre die französische Flotte auf die Höhe der deutschen zu bringen. Was an dieser Renommee wahr ist, weiß ich nicht, es genügt, daß er eine Vorlage angekündigt hat, denn das ist ja alles Wasser auf die Mühlen unserer Marinepatrioten, und es wird nunmehr von dieser Seite alles getan werden, um neue Küstungen herbeizuföhren. Auch die Engländer werden weiter rüsten, das allgemeine Wettrüsten wird also weiter gehen. Ich habe gestern schon herborgehoben, was das Ende von Liebe sein wird. Jeder denkende Mensch muß sich sagen: Wo soll das hinaus, wie kann das anders enden, ja wie soll das anders enden, als mit einer Katastrophe? (Sehr richtig! Sehr wahr!) Nun, mögen diejenigen, die an der Spitze der heutigen Gesellschaft stehen, mit den hinter ihnen stehenden Massen in ihr Verderben rennen, wir haben keine Ursache, das zu bedauern. Es wird sich wieder einmal das alte Wort bewahrheiten: „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.“ (Sehr gut!) Man kann mit Engelszungen reden, nichts wirkt auf sie, sie bedenken nichts, wie mit eisernen Weitschen gezüglich treibt es sie in den Untergang hinein. Freilich bequem kommt den Herren in diesem Augenblick die Sache nicht. Man hat ja gewünscht, daß, wenn der jetzige Reichstag den Etat für 1912 auch nicht mehr beraten könne, die Regierung ihn doch wenigstens einbringen möge, damit man Kenntnis von seinem Inhalt bekomme und sehe, daß er keine besonderen Forderungen enthalte. Es wäre nur eine Komödie, wenn das wirklich geschehe. (Sehr richtig!) Ich sagte auch einem Minister: Was ist denn damit erreicht, wenn Sie einen solchen Etat vorlegen? Es ist doch nur eine Attrappe, die keinen Wert hat, denn wer hindert Sie, nachdem dieser Etat bewilligt ist, sofort mit neuen Nachtragsforderungen zu kommen, von denen heute natürlich geschwiegen wird, von denen man die Wähler um keinen Preis etwas wissen lassen will. (Sehr richtig!) Es wird gehen genau wie 1907. Drei Tage vor der Wahl schreibt die „Nordd. Allgemeine“ dreißig, es sei nicht daran zu denken, daß die Regierung mit neuen Steuerentwürfen komme, und ein Jahr danach war die Vorlage mit 450 Millionen Mark da. Aber wenn die Massen so dumm sind und sich nachführen lassen, so ist das vorläufig nicht zu ändern. Wir jedenfalls werden versuchen, sie nach jeder Richtung hin aufzuklären. (Lebhafte Beifall.)

Die jetzige Steuerung — das müssen wir anerkennen — ist nicht bloß durch die Hölle und Steuern, sondern zum Teil auch namentlich in diesem Sommer durch Mißernten herborgerufen. Aber einen Punkt haben wir dabei bisher

viel zu wenig berücksichtigt. Die Teuerung wird eine dauernde sein, die Preise werden zwar bei übergroßen Ernten zeitweise etwas heruntergehen, aber der Preis aller Lebensmittel wird auch in Zukunft ein so hoher sein, daß die kleinen Beamten, die Kleinbürger, und vor allem die Arbeiter dauernd unter der Teuerung zu leiden haben. (Sehr richtig!) Die Arbeiter werden aufs neue gezwungen sein, durch Lohnkämpfe Lohnerhöhungen zu erreichen, um einigermaßen das Loch auszugleichen, das die Teuerung in ihr Budget gerissen hat. (Sehr richtig!) Das mögen sich besonders die Unternehmer merken, die wieder Follerhöhungen das Wort reden. Dieser Zustand zwingt die Arbeiter zu neuen Forderungen, zu neuen Kämpfen, die Arbeiter können mit ihren jetzigen Löhnen nicht mehr auskommen, und der Arbeiter begeht ein Verbrechen, der das erkannt hat und nicht sofort seinen Eintritt in die Gewerkschaft anmeldet. (Lebhafte Zustimmung.) Hier ist ihm die einzige Möglichkeit geboten, die Teuerung einigermaßen auszugleichen, wie andererseits der Konsumberein unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine notwendige Einrichtung ist. (Sehr wahr!) Die Arbeiter müssen den Konsumvereinen in Massen auströmen, nicht nur weil sie hier etwas billiger kaufen, sondern vor allem, weil sie unverfälschte Lebensmittel erhalten. (Sehr wahr!) Die Verfälschung der Lebensmittel hat eine ungeahnte Höhe erreicht; würde hier einmal gründlich nachgefragt, so würden erschreckende Dinge zum Vorschein kommen. (Sehr richtig!) Genau so wie die Arbeiterorganisationen Unternehmerorganisationen hervorgerufen haben, genau so hat das Unternehmertum sich bereits das Genossenschaftswesen bemächtigt, und insbesondere die Bauernschaft. Heute hat die Bauernschaft ein so entwickeltes Genossenschaftswesen, wie kaum ein anderer Beruf, und diese Organisationen werden nachdrücklich benutzt zur Lebensmittelteuerung. (Sehr richtig!) Der Verkauf von Eiern, Butter, Käse, Milch und anderen Produkten geht in rapider Weise auf bäuerliche Genossenschaften über immer mit der Absicht, die Preise zu steigern, ja man will sogar die Viehzucht kontingentieren. (Hört, hört!) Wenn auf irgendeinem Gebiet eines Tages die Frage der Sozialisierung auftaucht, dann am ehesten bei der Landwirtschaft. (Lebhaftes Sehr richtig!) Ich bin überzeugt, sie ist auch dort am leichtesten durchzuführen. Dann die Bäcker- und Fleischerorganisationen, die Unternehmerringe. Die Fleisch-, die Brotpreise, die macht heute nicht mehr der einzelne Fleischer und Bäcker, die macht ausschließlich die Innung, die Organisation (Sehr richtig!), und hier wird dafür gesorgt, daß entsprechende Profite herauskommen. Jede Konjunktur, die eine Preissteigerung ermöglicht, wird gründlich ausgenutzt. Wo 5 oder 10 Prozent genügen, erhebt man 18 und 20 Prozent. (Sehr wahr!) Das ist ein sehr wesentliches Moment, das bei der Preissteigerung mitwirkt. Wir können natürlich nicht hindern und wollen nicht hindern, daß auch die Unternehmer Genossenschaften gründen, ebenso wenig wie wir daran gehindert werden wollen. Aber dann ist es doppelt infam, daß dieselben Kreise die Arbeitergenossenschaften aufs heftigste bekämpfen und selbst in den Städten und auf dem Lande für ihre Unternehmerringe Genossenschaften organisieren. (Sehr wahr!) Die große Ungerechtigkeit dieses Verhaltens liegt auf der Hand. Auch hier werden wir mit aller Energie künftig vorgehen müssen.

Hierbei ist eines interessant. Der Kaiser hat neulich in Altona eine Rede gehalten, in der er besonders die Notlage der Landwirtschaft erwähnte, die durch die Ereignisse dieses Sommers herbeigeführt worden sei. Der Staat werde alles tun, um diese Notlage nach Möglichkeit zu beseitigen, erklärte er. Ich bezweife den Standpunkt des Kaisers. Der Kaiser ist der größte Agrarier im Deutschen Reich, er steht der Landwirtschaft nahe, er kümmert sich um die Landwirtschaft, er kennt die Landwirtschaft. Also was ist natürlicher, als daß er

meint, diesem Stande müsse in besonderem Maße geholfen werden? Wie es aber den armen Schludern, den Konsumenten der landwirtschaftlichen Produkte geht, darüber hat er kein Wort gesagt. (Hört, hört!) Deren Lage kennt er eben nicht, der Kaiser kann auch nicht alles wissen, das kann kein Mensch verlangen. (Geisterkeit.) Denn was hat der Kaiser für eine Ansicht von der Lage der Arbeiter? Für den deutschen Arbeiter ist gesorgt bis an sein Lebensende, äußerte er, er kann nicht in Not geraten, der hat die ständig gefüllte Kompostschüssel vor sich. (Geisterkeit.) Das wird dem Kaiser so gesagt, er glaubt es und spricht es aus, aber wahr ist es deshalb nicht. (Sehr richtig!) Gerade das Gegenteil ist wahr. (Lebhafte Zustimmung.) Niemand mehr als die Arbeiter — und hier trete ich auch zugleich für die kleinen Beamten und für die kleinen Gewerbetreibenden ein — leiden unter der herrschenden Teuerung. Und wenn irgend jemand Schutzmaßnahmen braucht, dann sind es die Arbeiter, die kleinen Gewerbetreibenden und die unteren Beamten. (Lebhafte Zustimmung.) Deren Lage wird immer schlimmer. Ich sehe schon heute, selbst auf die Gefahr hin, wieder einmal bespöttelt zu werden, daß ich prophezeie: ich sehe schon heute die Zeit kommen, wo die Frage der Lebensmittelpreise die Hauptfrage für die ungeheure Mehrheit des Volkes wird. (Lebhaftes Sehr richtig!) Und dann wird es einen Sturm im deutschen Volke geben, daß die Lebensmittelzölle fliegen, ob die Herren wollen oder nicht. (Bravol! Sehr gut!)

So droht man jetzt schon wieder mit dem Verbot der Einfuhr von Geflügel!. Die deutsche Landwirtschaft erzeugt eben nicht Geflügel genug. Ich habe auf Grund meiner Studien über landwirtschaftliche Verhältnisse die Ueberzeugung gewonnen, wenn alle Erzeugnisse der modernen Agronomie auf das Land, den Landbau, die Landausnutzung angewendet werden, dann ist Deutschland imstande, auf eigenem Grund und Boden 100 Millionen Menschen zu ernähren. (Sehr richtig!) Dann braucht man kein Korn vom Ausland. Aber dazu gehört eine vollständige Revolutionierung der ganzen Landwirtschaft in bezug auf den Grund und Boden. (Erneute Zustimmung.) Es ist ein Unsinn, zu sagen, wir leiden an Ueberbevölkerung. Gar kein Bedanke! So lange noch Jahr für Jahr Hunderttausende von ausländischen Arbeitern nach Deutschland geschleppt werden, kann man davon nicht reden. (Lebhafte Zustimmung.) Auch die Statistik beweist, daß in den letzten 20 Jahren, trotz des Anwachsens der Bevölkerung die Auswanderung ganz erheblich zurückgegangen ist. (Hört, hört!) Man will der Masse, die die Dinge nicht beurteilen kann, Sand in die Augen streuen, als bräuchten wir fremde Länder, um den Ueberschuß unserer Bevölkerung unterzubringen. Nein, wir können alle in Deutschland ernähren, bei richtiger Wirtschaft, und da sollen wir sogar nach Marokko zur Ansiedelung gehen, wo täglich die Sonne noch ganz anders auf unseren Schädel brennt, als in diesem Sommer bei uns. (Geisterkeit.) Ich glaube, wir haben diesen Sommer an der deutschen Sonne gerade genug gehabt und da sollen Deutsche millionenteils in Marokko sich wohlfühlen und unterkommen können. (Hört, hört!)

Was bedeutet das Verbot der Einfuhr von Geflügel? Man wird sagen, der Arbeiter hat keine Möglichkeit, sich dieses zu verschaffen. Stimmt leider, aber ich glaube, die Berliner in erster Linie werden mir bestätigen, daß die Gänse in Berlin für den Winter von kolossaler Bedeutung sind. Die Gänse sind in Berlin und den ostdeutschen Städten ein wesentliches Nahrungsmittel geworden; sie werden zu Preisen eingeführt, daß die Fleischer darüber schreien, denn Gänsefleisch kann billiger verkauft werden als Rindfleisch und anderes Fleisch. (Sehr richtig!) Die Gänseauschlachtung in Berlin hat sich bezart entwickelt, daß jede Hausfrau ihr Pfund oder selbst ein halbes Pfund Gänsefleisch haben kann, wie ihr Pfund oder ihr halbes Pfund Ochsenfleisch, und

wenn jetzt die Zufuhr von 1½ bis 2 Millionen Gänsen im Winter von Rußland her abgeschnitten wird, so bedeutet das für die Berliner und norddeutsche Bevölkerung eine abermalige gewaltige Verteuerung ihrer Lebenshaltung. (Sehr richtig!) Von diesem Gesichtspunkt aus muß man die Dinge betrachten. Aber wie mit Blindheit geschlagen rennt man in derselben Richtung immer weiter und sieht nicht, was die Folgen solcher Maßregeln für die Masse der Bevölkerung bedeuten. (Sehr richtig!)

Weiter haben wir im nächsten Reichstage die Vorlage des neuen deutschen Strafgesetzbuches zu erwarten. Das ist eine außerordentlich wichtige Sache für die Arbeiter. Ich sehe voraus, daß die meisten von Ihnen das vorzügliche Referat gelesen haben, das Genosse Heinemann hierüber auf dem letzten Gewerkschaftskongress in Dresden gehalten hat. Ich will mich nicht näher darüber auslassen. Die Rede ist im Verlage von Legien, also der Generalkommission, erschienen; ihre Anschaffung ist auf das dringendste zu empfehlen. Der Titel lautet: „Das Koalitionsrecht in Deutschland und der Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch.“ Wie weit wir bereits gekommen sind, wie weit die Reaktion bereits auf sich gegriffen hat, dafür will ich Ihnen einige Sätze aus der Einleitung der Broschüre vorlesen. Es heißt da: „Vielmehr werden unter dem Anschein der notwendigen Bekämpfung lediglich gemeiner, von jedermann für strafwürdig angesehenen Verbrechen die Tatbestandsmerkmale des Gesetzes heimtückisch so abstrakt, so unbestimmt und so inhaltslos gefaßt, daß jede oppositionelle, den herrschenden Klassen unangenehme politische oder gewerkschaftliche Betätigung bestraft werden kann. . . . (Hört! hört!) Einige im allgemeinen Teil des Entwurfs unzulässig vorhandene Fortschritte sollen auf dem Gebiet der politischen und sozialpolitischen Volkswirtschaft mit den für ein Kulturvolk ungeheuerlichen Rückschritten erkauft werden, die sogar die empfindlichsten volksfeindlichen Entwürfe, Zuchthausgesetz und Amtsvorlage, weit hinter sich lassen. (Lebhaftes Hört! hört!) Diese Tatsache ist in der gesamten bürgerlichen Presse und Literatur bisher nicht mit der genügenden Schärfe gewürdigt worden. Ganz im Gegenteil; dem Entwurf folgen auf der abschüssigen Bahn auch Männer, die an sozialpolitischer Einsicht die Bureaucratie turmhoch überragen. Vier Professoren, von denen drei der internationalen kriminalistischen Partei angehören — Professor Lijst gehört dazu — haben einen Gegentwurf veröffentlicht, der ebenfalls den herrschenden Massen eine Reihe der schärfsten Waffen gegen die Ausübung des Koalitionsrechtes liefert. Und doch nennt sich die internationale kriminalistische Vereinigung: die soziologische Schule.“ (Bewegung. Hört! hört!)

So weit also sind wir gekommen, daß die fortgeschrittenste juristische Schule Strafbestimmungen in das Gesetz aufnehmen will, die die Ausübung des Koalitionsrechtes für ganze Arbeiterschaften unmöglich machen.

Sie sehen, unsere Genossen im künftigen Reichstag stehen sehr wichtigen und einschneidenden Aufgaben gegenüber; denn daß sie sich mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft mit Füßen und Händen gegen einen solchen Gesetzesentwurf wehren werden, ist selbstverständlich.

Dann noch ein weiterer sehr wichtiger Punkt. Es ist selbstverständlich, daß man jetzt noch nicht übersehen kann, was alles in 5 Jahren kommt. Daß aber bei der Stimmung der Konservativen und des Zentrums, wenn diese wieder im Reichstage die Mehrheit haben, die unheilvollsten Dinge für die deutschen Arbeiter herauskommen, steht fest. Von 1912 oder 1913 an haben wir uns mit dem neuen Polltarif zu beschäftigen. (Hört! hört!) Die Handelsverträge mit anderen Nationen laufen in den Jahren 1914, 1915 und 1916 ab; wir werden also dieselben Kämpfe zu führen haben, die wir 1902 so glänzend führten. Und abermals kommen die Agrarier und verlangen die Wiedereinführung etc.

fähiger Zölle. (Hört! hört!) Wir stehen selbstverständlich auf dem entgegengesetzten Standpunkt. Mit aller Macht der kraftvollsten Agitation müssen wir gegen die neue Zollvorlage Sturm laufen. Wir müssen alles, aber auch alles aufbieten, damit die Massen in Bewegung kommen, damit wir den nötigen Hinterhalt für den Kampf im Reichstage bekommen und auf die große Bewegung der Massen hinweisen können. (Sehr richtig! Sehr gut!)

Dann haben wir nach Vorgängen in der letzten Zeit auch die große Wahrscheinlichkeit, im Laufe der nächsten Jahre einen Dwambokrieg in Südwestafrika zu bekommen, d. h. eine zweite, aber viel schlimmere Auflage des Hererokrieges. Daß wir die Dwambos in ihren Niederlassungen nicht beherrschen, ist ein großer Schmerz unserer Kolonialleute. Sie möchten um jeden Preis die Dwambos sich untertan machen, die tüchtige Arbeiter sind, zugleich aber auch tapfere Leute, die überdies in einem Lande wohnen, das für sie die Verteidigung leicht macht. Auch dafür haben wir in der letzten Zeit Symptome, die auf die Möglichkeit eines Krieges hindeuten. Und daß eine teilweise Erwerbung in Afrika, die in den Verhandlungen mit Frankreich eine Rolle spielen soll, auch nicht sehr zur Beruhigung beiträgt, steht fest. Es wird jetzt geschrieben, daß die Franzosen 10 Millionen Frank jährlich für das Land südlich des Kongo ausgeben. Aber wenn wir erst dort eingerückt sind, werden sich ganz andere Summen ergeben.

Weiter ist es selbstverständlich, daß wir die Frage des Dreiklassenwahlrechtes im Wahlkampfe zu erörtern haben. Auch darauf will ich nicht weiter eingehen. Wir wissen, wie die bürgerlichen Parteien dazu stehen, wie insbesondere das Zentrum auch hier Geheulei treibt. In den 70er Jahren, unter Windthorst, trat das Zentrum noch offen für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht im preussischen Landtage ein. Heute ist es längst davon abgekommen. Man sagt zwar im Zentrum, wir geben das allgemeine Wahlrecht nicht preis, wir wollen es, aber wir können es vorläufig nicht haben und deshalb tun wir nichts dafür. Das ist doch keine Stellung für eine Partei, die etwas erreichen will. Wo kämen wir hin, wenn wir so folgern wollten. (Sehr richtig!) Erreichen kann eine Partei nur etwas, wenn sie agitiert, wenn sie die Massen aufklärt, sie in Bewegung bringt, wenn man mit einem Wort eine große Volksbewegung entfacht. (Sehr richtig!) Es ist doch ein Widerwille, daß die Preußen ein schlechteres Wahlrecht haben sollen als unsere Süddeutschen in Bayern, Württemberg, Baden und neuerdings auch in Elsaß-Lothringen, in dem nunmehr das allgemeine Wahlrecht mit unserer Hilfe eingeführt worden ist. (Sehr richtig!) Es ist doch ein starker Widerspruch, daß derselbe Reichskanzler, der für Elsaß-Lothringen das allgemeine Wahlrecht annehmen mußte, wenn er die Verfassung überhaupt haben wollte, sich auf der anderen Seite hinstellt und erklärt, für Preußen sei dieses Wahlrecht unangebracht, dort müsse die gottererbte Abhängigkeit der unteren Klassen aufrechterhalten bleiben. (Hört! hört!) Die elende Rolle, die in dieser Frage das Zentrum und die liberalen Parteien spielen, ist uns allen bekannt. Mit dieser reaktionären Haltung dem Wahlgesez gegenüber steht die Haltung des Zentrums zum Fortbildungsschulgesez, zum Leichenverbrennungsgesez, zur Borromäusenzykliska, zum Modernisteneid und seine wachsende Intoleranz auf allen Gebieten im Einklang. Dem allen gegenüber müssen wir im nächsten Wahlkampf Zähne und Nägel daransehen, um möglichst große Erfolge zu erzielen. Ich habe schon am Sonntag auf Lebers Bemerkungen geantwortet: seid nicht so optimistisch! (Sehr richtig!) Wenn einer Optimist ist, so bin ich es. Wenn es aber zum Kampfe kommt, da bin ich es vielleicht auch — aber was ich im Innern denke, sage ich nicht, das soll keiner von uns sagen — wir müssen vielmehr den Kampf so führen, als könnten wir unterliegen. Wir

müssen natürlich den Gedanken an Sieg in den Massen wecken, aber wir dürfen uns nicht sozusagen mit Siegeshoffnungen vollsaugen. (Sehr richtig!) Und neben einer möglichst großen Zahl von Mandaten müssen wir möglichst viel Stimmen erwerben; insbesondere gilt das auch für die Wahlkreise, in denen wir absolut sicher sind zu siegen. Gerade diese Wahlkreise müssen den großen Zuwachs an Stimmen, den der Bevölkerungszuwachs ihnen gebracht hat, gründlich ausnützen. (Sehr richtig!) Wir müssen den Wahlkampf auch benutzen, um der Parteipresse auf die Strümpfe zu helfen; wir müssen neue Organisationen schaffen, neue Genossen werben. Wenn man unsere Frauen zum Vergleich heranzieht, so haben sie prozentual ganz anders gearbeitet wie unter uns die Männer. 120 000 Genossen mehr haben wir im letzten Jahre bekommen, das ist eine sehr respectable Zahl, mehr als doppelt soviel, als die ganze süddeutsche Volkspartei bei den Wahlen 1907 bekommen hat, und die bürgerliche Presse ist entsetzt über diesen Zuwachs. Ich bin aber nicht zufrieden damit, es sind viel zu wenig; denn der Zuwachs bedeutet, daß von den 700 000 Genossen, die wir hatten, nur je 5 Mann im ganzen Jahre einen Genossen gewonnen haben. Das ist doch nicht in der Ordnung. (Heiterkeit.) Bringen wir es zunächst mal dahin, daß im nächsten Jahre je zwei Genossen einen neuen werben, dann haben wir wenigstens 200 000 neue Mitglieder und rücken über die Million hinaus. Und dann müssen wir verlangen, daß jeder Genosse im Jahr einen neuen bringt, dann geht es vorwärts. (Lebhafter Beifall.) Dann fällt den Gegnern das Herz in die Hosen. Und, Parteigenossen, das können wir erreichen! Wir müssen nur wollen! Wollen muß der Mensch.

Die Parteipresse hat zwar sehr erfreuliche Fortschritte gemacht, wir haben nicht nur eine ganze Anzahl neuer Abonnenten bekommen, es sind auch neue Blätter ins Leben gerufen worden. Aber das reicht noch lange nicht hin. Wir müssen viel, viel mehr haben. In jeder Versammlung müssen Vorkehrungen getroffen werden, daß neue Mitglieder sich einschreiben können. (Sehr richtig!) In jeder Versammlung müssen neue Abonnenten gewonnen werden, muß dafür gesorgt werden, daß die Besucher wissen, wie und wo sie sich einschreiben und abonnieren sollen. In den Tausenden von Wahlversammlungen, die wir nunmehr abhalten werden, können wir sehr Erhebliches gewinnen. (Sehr richtig!)

Wahrscheinlich werden wir, wie es immer geschah, in einer großen Zahl von Wahlkreisen zu Stichwahlen kommen, bei denen unser Kandidat nicht in Frage steht, und ferner zu solchen, in denen unser Kandidat in Frage steht. Bei diesen letzteren wird — täuschen wir uns darüber nicht — der ganze bürgerliche Klüngel gemeinsam gegen uns marschieren. (Lebhaftes Sehr richtig!) Das ist so selbstverständlich, daß ich kein Wort darüber verlieren möchte! Ich will Euch nicht, wenn Ihr seht, daß die Liberalen den Konservativen gegen uns wählen. Liberale und Konservative stehen sich viel näher, als die Liberalen gegen uns stehen. Sind sie doch alle von einem Wein und einem Fleisch. Sollte sich das ändern, so wäre das die erste angenehme Erfahrung, die ich in meinem Leben auf diesem Gebiete machte. Ich würde mich darüber freuen, aber ich glaube nicht daran.

Nun sind die Forderungen, die der Parteivorstand bei engeren Wahlen, bei denen wir ausfallen, den Genossen empfiehlt, dem gegnerischen Kandidaten vorzulegen, wenn er auf unsere Stimmen rechnet, sehr bescheiden, vielleicht so bescheiden, daß mancher von Ihnen den Kopf schüttelt. (Sehr richtig!) Ja, sehr richtig! Aber ich wäre froh, wenn wir die Kandidaten überall auf das besämen, was wir verlangen. Galtet Euch vor Augen, es kommt nicht darauf an, was wir erreichen wollen, sondern was wir erreichen können. Entweder stellen wir Forderungen, die ein bürgerlicher Kandidat noch bewilligen kann,

oder wir verzichten überhaupt darauf, uns an Stichwahlen, bei denen nur Gegner in Frage kommen, zu beteiligen. Aber erfahrungsgemäß nicht das nichts, die Wähler laufen dennoch in Massen zur Wahl. Man muß eben die Psychologie der Massen kennen. Am Wahltag geht es ihnen wie den Kavalleriepferden, wenn sie die Trompete hören. Wir haben Erfahrungen gemacht, wohin wir mit unserer Stimmenthaltung gekommen sind. Wir haben mit der Enthaltung elend Schiffbruch gelitten und wollen nicht abermals solche Fehler machen.

Wir haben früher schwerere Forderungen gestellt und dann erlebt, daß in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen diesen nicht gefolgt werden könnte. Darum stellen wir jetzt mäßige Forderungen, die bei ehrlichen Willen erfüllt werden können. Da ist zunächst die Forderung der Aufrechterhaltung des bestehenden Wahlrechts. Parteigenossen, wenn die Hauptwahlen glücklich für uns ausfallen und wir ein erhebliches Mehr an Stimmen bekommen, dann werden Sie ein Kafentrennen erleben, das bei den bürgerlichen Parteien nach rechts hin stattfindet. (Sehr richtig!) Das wird bei ihnen einen gewaltigen Schrecken hervorrufen und die Frage wird bei ihnen entstehen: Können wir bei einem solchen Zustand der Dinge der Sozialdemokratie weiter das Feld überlassen? Ich betrachte diese allgemeinen Wahlen gewissermaßen als eine Wasserstandsprobe. Man befindet sich auf einer Insel, die also von Wasser umgeben ist. Die Zahl der Wahlrechtstimmen zeigt den Wasserstand an. Das Wasser wächst und wächst. Mit jeder Wahl wird die Insel kleiner und enger. Man stellt Euch die Situation der herrschenden Klassen vor. Sie jagen sich; wenn das so weiter geht, ertrinken wir! (Heiterkeit.) Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß in einer solchen Situation sie zu den verzweifeltsten Mitteln greifen, um uns zu schädigen. Darauf müssen wir gefaßt sein und deshalb vorbeugen. Es gehört sich also, daß wir die Bedingung stellen, daß das Wahlrecht nicht verschlechtert wird. Wer diese Bedingung nicht unterschreibt oder nicht in anderer Weise Gewähr dafür gibt, darf nicht unterstützt werden. Weiter muß er sich gegen eine Beschränkung oder Verschlechterung des Vereins- und Versammlungsrechtes und des Koalitionsrechtes erklären. Was auf diesem Gebiete vorliegt an Klagen, spricht so deutlich für diese Verpflichtung, daß wir froh sein müssen, wenn wir das, was wir haben, aufrechterhalten. Leider ist nicht daran zu denken, daß wir das erlangen können.

Ferner muß der Kandidat sich erklären gegen eine Verschärfung der sogenannten politischen Paragraphen des Strafrechts, gegen ein wie immer geartetes Ausnahmegesetz, gegen jede Erhöhung der Böhle auf die Verbrauchsartikel der großen Masse, gegen jede Neueinführung oder Erhöhung indirekter Steuern auf Verbrauchsartikel der großen Masse. Den Kandidaten auf eine Herabsetzung zu verpflichten, würde uns nicht in allen Fällen gelingen. Wir müssen leider zufrieden sein, wenn der Kandidat unsere Forderung akzeptiert.

Parteigenossen! Ich kann Ihnen nur dringend raten: Bescheiden Sie sich in dieser Richtung. Und dann kommt schließlich die Frage: wie handeln wir, wenn zwei Kandidaten, die in engerer Wahl stehen, beide die aufgestellten Bedingungen erfüllen wollen? Da sind wir der Meinung, daß wir den liberalen Kandidaten dem Nichtliberalen vorziehen. Was ich damit sagen will, weiß jeder nach meinen Ausführungen.

Damit bin ich zu Ende. Sie sehen, daß die nächsten Reichstagswahlen mit die wichtigsten sind, die wir jemals durchgekämpft haben, daß für die Sozialdemokratie, für die deutsche Arbeiterklasse sehr viel auf dem Spiele steht. Von jetzt ab ist es unsere verdamnte Pflicht, sozusagen den Kriegszustand zu erklären. Jetzt heißt es: Alle Mann auf die Posten! Alle Mann an die Arbeit! (Stürmischer Beifall.) Wenn wir vier Monate hindurch Tag für Tag, Nacht

für Nacht, emsig arbeiten und alle unsere Schuldigkeit tun, wenn wir alle nach jeder Richtung hin unsere Kraft einsetzen in den Dienst der allgemeinen Sache, dann müßte es doch sehr sonderbar zugehen, wenn wir dann nicht ein ganz anderes Resultat zu verzeichnen hätten, ein viel freundlicheres, als am 25. Januar 1907. (Lebhafte Zustimmung.) Darum auf, Parteigenossen! Auf zum Kampfe! Vorwärts! Durch! (Stürmischer Beifall.)

Zur Diskussion stehen die Resolution 70 und die Anträge 65 und 81. Zu Antrag 65 ist ein Amendement Scheide-Voßmann eingegangen. Danach soll es in diesem Antrage statt „der Arbeiterkass“ heißen: „den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei“.

Eduard Bernstein (zur Begründung des Antrages 81): Die ausländischen Beziehungen des Deutschen Reiches werden im kommenden Wahlkampf von größter Bedeutung sein, sie haben ja auch schon bei den letzten Wahlen eine entscheidende Rolle gespielt. Die herrschenden Parteien werden das Aeußerste aufbieten, um die Empörung der Wählermassen durch Aufstellung auswärtiger Fragen abzulenken, namentlich durch den Hinweis auf das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und England. Die Englandfrage ist zu einer Hauptfrage der deutschen Politik geworden. Tatsächlich hat in der letzten Zeit die nationalisistische Presse in Deutschland weit schärfer gegen England agitiert und gehetzt als selbst gegen Frankreich. England wird dem deutschen Volk als das Kruggespenst vorgehalten, das Deutschland bedroht und zu den äußersten Nützungen nötigt. Immer mehr verbreitet sich die Idee in den Köpfen, daß der Zusammenstoß mit England kommen müsse. Die verkehrtesten und zugleich auch die verderblichsten Ideen finden in bezug auf diese Frage immer weitere Verbreitung, obgleich sie im Widerspruch stehen mit allen Tatsachen des modernen Wirtschafts- und Verkehrslebens der Völker. Es wird den Leuten einzureden versucht, der Zusammenstoß mit England sei unbedenklich. Diese Idee findet nicht nur bei den Nationalisten, sondern bis weit in die bürgerliche Linke hinein immer willigere Aufnahme, ja sogar noch darüber hinaus.

In allen möglichen Formen wird die Vorstellung propagiert, daß England das Fortschreiten der deutschen Industrie nicht ertragen könne, daß diese für England immer gefahrvoller werde, und daß England daher mit Notwendigkeit danach streben müßte, den deutschen Handel, der die Produkte der deutschen Industrie über die Erde verbreitet, zu zerstören oder wenigstens zu untergraben. Diese wahnsinnige Idee findet Glauben, weil es heute mit dem ökonomischen Wissen leider noch sehr schlecht bestellt ist. Die Zerstörung des deutschen Handels durch England ist eine Unmöglichkeit. Was würde denn ein Krieg in dieser Hinsicht nützen? England kann die deutschen Arbeiter nicht aus der Welt schaffen, nicht die deutschen Kohlengruben, die Eisenhütten und Textilfabriken, und ebensowenig die der anderen Staaten, die doch auch der englischen Industrie Konkurrenz machen. Sie ist ferner unnötig, denn die deutsche Wirtschaftspolitik sorgt selbst dafür durch Verteuerung des Lebens in Deutschland, dieses als Konkurrenten ungefährlich zu machen. Man denkt auch nicht an den deutsch-englischen Handel, der von Jahr zu Jahr steigt und der heute schon fast 2000 Milliarden Mark jährlich ausmacht. Er besteht nicht nur in der Ausfuhr Deutschlands nach England, sondern auch in der Ausfuhr Englands nach Deutschland. Aber mit je abenteuerlicheren Behauptungen jene Propaganda arbeitet, um so mehr Glauben findet sie, und so wird der Boden für die Heßpolitik geebnet. Diese allein wären ja nicht in stande, das deutsche Volk aufzuregen, denn wer liest die „Post“, die „Tägliche Rundschau“ und ähnliche Blätter? Sie wären ohnmächtig, wenn nicht dank der Halbheit der großen bürgerlichen Presse jene falsche und verderbliche Auffassung in weiten Kreisen Widerhall fände. Wir müssen das

mit das energischste bekämpfen. Dazu hat das so sehr angegriffene Flugblatt des Parteivorstandes schon ein Stück beigetragen. Das erkenne ich gern an. Aber ich glaube, Rosa Luxemburg beruhigen zu können: Es gibt auch in dem Flugblatt Sätze, die ich nicht unterschreibe. Kautsky steht noch nicht neben Bernstein. (Heiterkeit.)

Das Flugblatt hat das große Verdienst, statt allgemeiner Schlagworte Tatsachen zu setzen. Dagegen hat die bürgerliche Presse, auch die liberal-demokratische, in der letzten Krise mit sehr wenigen Ausnahmen vollständig versagt, teils aus Feigheit und Schwäche, teils aus Nachgiebigkeit gegen offiziöse Mitteilungen, ein Teil aber auch infolge Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Der ausländische Pressedienst läßt außerordentlich zu wünschen übrig. Unsere Presse hat ja versucht, besser zu arbeiten, aber es ist noch nicht genug geschehen. Als die Heße hier von neuem losging und als die Heßpatrioten alle möglichen angeblichen englischen Pressstimmen verbreiteten, als die bürgerlichen Blätter aber außerordentlich wenig davon brachten, was die Gegenstimmen in England sagten, da hätte unsere Presse in die Lage berufen werden müssen, neben dem, was unsere englischen Parteigenossen, was die englischen organisierten Arbeiter sagten, geschrieben und beschloffen, die großen englischen Blätter zu zitieren, von denen viele sich vernünftiger äußerten als die Masse unserer deutschen bürgerlichen Organe. Wichtig wäre es gewesen, die Presse der großen englischen Industriezentren sprechen zu lassen, wie den „Manchester Guardian“, den „Bradford Observer“ und ähnliche Zeitungen, Blätter, die viel wichtiger sind als ein Teil der Londoner Lokalpresse. Daran hätte man ersehen, daß auch in England ein starker Widerstand gegen die Verhegung der Nationen mit all ihren Wirkungen, den Nützungen, der Feuerungsgefahr usw. vorhanden ist. Wir müssen diese Elemente stärken. Wir müssen zur Unterstützung unserer Agitation im deutschen Volke auch den Auslandsdienst organisieren, wir müssen die Existenzbedingungen der Nation aufzeigen, — zeigen, wie in beiden Nationen diese Bedingungen die Notwendigkeit ergeben, daß die Arbeitermassen im weitesten Sinne des Wortes, nicht nur allein die Lohnarbeiterklasse, sondern auch ein großer Teil der Gewerbetreibenden und der Industriellen, am Frieden und nur am Frieden interessiert sind. In überzeugender Weise kann diese wichtige Tatsache nur in einer Broschüre zum Bewußtsein gebracht werden, die uns im Wahlkampf, darüber hinaus aber auch bei den später nicht ausbleibenden Verwickelungen außerordentlich große Dienste leisten wird. (Beifall.)

Kluppha-Dortmund begründet den Antrag 65: Parteigenossen! 1907 haben die Genossen in einer ganzen Reihe von Kreisen nicht daran gedacht, daß ihnen die Kreise verloren gehen könnten. Vor solchen Enttäuschungen müssen wir uns im nächsten Wahlkampf zu bewahren versuchen. Die Voraussetzung für einen guten Ausfall der Wahlen ist ihre gute Vorbereitung, und dazu bedürfen wir unzähliger Kräfte für die Wahlarbeit. Der Reichsverband sollte auch das Zentrum — letzterem werden die christlichen Gewerkschaften ungeheure Dienste leisten — werden alles einsetzen, um einen Aufschwung der Sozialdemokratie zu verhindern. Die christlichen Gewerkschaftsführer haben ja schon offen ausgesprochen, daß sie bei der nächsten Wahl mit den Scharfmachern Hand in Hand gehen wollen, um uns die Mandate zu entreißen. Es wird den christlichen Gewerkschaftsführern kein Mittel zu schlecht sein, ihr Ziel zu erreichen. Schon jetzt schieben sie die Schuld an der schlechten Gestaltung der Reichsvereinerungsordnung der Sozialdemokratie zu. Das ist nur ein Beispiel dessen, was wir zu erwarten haben. Nun sind durchschnittlich 25 Proz. der sozialdemokratischen Reichstagswähler organisierte Parteigenossen. Die sind zunächst berufen, die Arbeit für die Reichstagswahl zu verrichten, aber selbst sie beteiligen sich ja nicht immer in der nötigen Weise. Wir in Dortmund-Sörde

hatten schon 1907 diesen Antrag durchgeführt und dadurch am Wahltag 4000 Parteigenossen zur Verfügung. Ein solch starkes Aufgebot von Kräften muß überall in den Dienst der Wahlarbeit gestellt werden. Aber auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter müssen wir auf den Kampfplatz rufen, denn die Einschränkung des Koalitionsrechtes, die so oft angekündigt wurde, wäre gewiß die Folge eines nicht genügend imposanten Aufmarsches der arbeitenden Massen und einer nicht genügenden Stimmenmehrung der Sozialdemokratie bei der kommenden Wahl. Durch die Ausführung unseres Antrages kommen wir auch unserer Programmforderung, daß alle Wahlen an gesetzlichen Ruhetagen stattfinden sollen, näher. Ich bitte Sie also, unserem Antrage Ihre Zustimmung zu geben.

Scheibe-Vochum: Wir haben kein Recht, die ganze Arbeiterschaft zur Arbeitsruhe am Wahltag aufzufordern, sondern nur die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei. In dieser Form ist der Antrag um so notwendiger, weil ja im Osten der amtliche Apparat den Konservativen, im Westen ungeheure Geldmittel den Nationalliberalen zur Verfügung stehen, die wir nur durch unseren Idealismus und durch eine große Armee freiwilliger Kämpfer bezwingen können. Der Kampf verroht immer mehr, je mehr unsere Gegner begahlte Leute verwenden. Auch deshalb ist es notwendig, daß Männer in den Wahlkampf eintreten, die an ihm nur persönlich interessiert sind. Nachdem man für Elsaß-Lothringen den Sonntag als Wahltag eingeführt hat und auch in einer Reihe von Gemeinden danach strebt, und nachdem jüngst der christlich-soziale Parteitag Sonntagswahlen als Entheiligung erklärt hat (Heiterkeit), müssen wir im Sinne des von uns modifizierten Antrages tätig sein. Das Zentrum treibt eine Hitzepolitik. Es hat sich in den christlichen Gewerkschaften eine besondere Hitzetruppe geschaffen. Unsere Badenenser Genossen, die mit den Liberalen einen Block gegen das Zentrum geschlossen haben, werden die Augen nicht schlecht aufmachen, wenn ich ihnen verrate, daß seit Monaten im ganzen industriellen Westen eine Koalition zwischen den Nationalliberalen und dem Zentrum vorbereitet worden und daß sie jetzt zum Abschluß gekommen ist. Das Zentrum hat seit Monaten die christlichen Arbeiter aufgefodert, unter Umständen für die nationalliberalen Scharfmacher einzutreten. Vochum sollte uns entziehen und den Nationalliberalen erobert werden, dafür sollten die Nationalliberalen Köln sichern. Nun ist allerdings die Koalition zwischen Zentrum und Nationalliberalen bei den Hauptwahlen zunichte geworden, weil die Führer der christlichen Arbeiter erklärten, sie könnten ein solches Bündnis bei den Hauptwahlen den Arbeitern nicht vorschlagen. Nun haben aber die Werksbesitzer den Zentrumsführern den Daumen auf die Brust gesetzt. Und nun sollen die christlichen Gewerkschaften für die Nationalliberalen im Ausbreiten eintreten unter der Bedingung, daß von seiten der Werksbesitzer von der Gründung gelber Werkvereine Abstand genommen wird. (Hört! hört!)

Die christlichen Gewerkschaftsführer verkaufen also die Rechte der Gewerkschaften an die nationalliberalen Scharfmacher. Wir haben alle Kräfte aufzubieten, um dieses ungläubliche Vorgehen zunichte zu machen. (Beifall.)

Darauf wird in die

Diskussion über die Reichstagswahlen

eingetreten.

König-Dorimund: Der vom Parteivorstand vorgelegten Stichwahlaktiven-Resolution können wir ohne Bedenken unsere Zustimmung geben. Sie entspricht der politischen Lage der Gegenwart, und enthält die Minimalforderung, die der bürgerliche Kandidat akzeptieren muß, wenn er unsere Unterstützung fordert. Genosse Weibel sagte: die Forderungen an die Bürgerlichen seien so

abgefaßt, daß sie von Nichtliberalen nicht anerkannt werden können. Nun, die schlauen Zentrumskandidaten werden im äußersten Notfall auch die hier niedergelegten Bedingungen akzeptieren, um sie als einzelner notgedrungen zu halten, während die Zentrumsfraktion die in diesen Vertrag niedergelegten Forderungen skrupellos brechen wird. Das Zentrum hat nicht nur in Bayern, sondern auch bei uns in Weßfalen mit der Sozialdemokratie Kompromisse abgeschlossen. Bei uns sogar schriftlich. Aus der politischen Situation heraus sind wir in den Wahljahren 1907 und 1908 für das Zentrum eingetreten. Heute aber, nachdem das Zentrum so viel Schuld trägt an der traurigen Lage der Arbeiterschaft, würde sich bei uns eine gewaltige Opposition erheben, falls wir vorschlagen würden, beim bevorstehenden Wahlkampf das Zentrum zu unterstützen. Wir vertreten das klassische Land, wo die Arbeitersekretäre des Zentrums gezüchtet werden. Die christlich-nationale Arbeiterfraktion des Reichstags, die Schiffer, Wiebberg, Becker sind in unserem Agitationsbezirk gewählt worden.

Nach unserer angeblichen Niederlage im Jahre 1907 machten sie den Arbeitern große Versprechungen. Gute, brauchbare Sozialgesetze sollten sie bekommen, denn die hindernde Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage sei überwunden, die Bahn sei frei für eine gesunde Sozialreform. Wir fragen nun: Was hat die christlich-nationale Arbeiterfraktion im Reichstage nach annähernd fünfjähriger Tätigkeit erzwungen? Nichts! Ein Volksverrat und Mißerfolg reichte sich an den anderen. Unter ihrer vielgepriesenen Tätigkeit wurde der Sozialminister Bosadomsky fortgejaagt, die verderbenbringende Reichsfinanzreform und die Arbeiterversicherungsordnung angenommen. Schade, daß letztere nicht sofort in Kraft getreten ist, denn sonst würden die Arbeiter schon jetzt die unheilvollen Wirkungen verspüren. Dadurch, daß nicht ein Aufrechnungsverbot in das Gesetz gekommen ist, werden z. B. die Bergarbeiter schwer geschädigt. Es ist mir mitgeteilt, daß der Knappschaftsverein bereits die Vorarbeiten getroffen hat, um statutarisch festzulegen, daß die Reichswitwenrenten aufgerechnet werden sollen auf die knappschaftlichen Witwenrenten. Das bedeutet für den Bergmann doppelte Beitragszahlung, aber nur einmaligen Rentenbezug. Der Bergmann ist also wieder einmal der Betrogene. Ja, im Versprechen, besonders vor der Wahl, war das Zentrum schon immer groß, gehalten hat es nichts. Besonders ist die Haltung der christlichen Arbeitersekretäre schwankend und zweideutig. Als das Zentrum bei der Knappschaftsnabelle so jämmerlich abschnitt, klagte die Arbeiterschaft die Führung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter an. Der christliche Sekretär Effert suchte sich in recht bezeichnender Weise herauszureden, indem er sagte: „Als Gewerkschaftler bin ich gegen das Knappschaftsgesetz, als Parteimann dafür.“ Nicht besser machte es Becker-Arnberg. Als dieser Mann auf den großen Widerspruch in seiner Stellungnahme zur Arbeitervertretung in den Krankenkassen im Reichstage bei Beratung der Reichsversicherungsordnung und seinen Ausführungen auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß verwiesen wurde, antwortete er: „Ich habe auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß nicht als Zentrumsabgeordneter, sondern als Mitglied der christlichen Gewerkschaften gesprochen.“ So sehen die Herren bei Lichte betrachtet aus. Ich wiederhole daher nochmals mit allem Nachdruck: Die christlich-nationale Arbeiterfraktion des Reichstages hat nichts gehalten von dem, was sie versprochen, sie konnte es auch nicht, weil sie sich an den Nachschlüssen der bürgerlichen Parteien hing.

Im Ruhrgebiet, wo durch die riesige wirtschaftliche Entwicklung die Vorbedingungen für die sozialistische Produktion am weitesten erfüllt sind, stehen sich Riesenheere in den Wahlkämpfen gegenüber; die Arbeiterschaft wird immer

sozialistischer. Um ihr die Siege streitig zu machen, kommt das Zentrum mit seinem Arbeiterheer wie ein rettender Engel dem Kapitalismus zu Hilfe. Das Fiasko, was die Christen auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet ertragen mußten, treibt sie wieder in die Arme der arbeitenden Kapitalisten. Sie kämpfen in ihrer Verbblendung gegen ihre Arbeitskameraden. Sie werden im Wahlkampf für die Kapitalisten kämpfen. Trotz alledem werden wir vorwärts kommen und siegen.

Wir werden den Wahlkampf mit aller Schärfe gegen die Führer der Christen führen und ihren Schwindel aufdecken. Indem sie das Zentrum unterstützen sind sie mitschuldig an dem Fehlen einer gründlichen Sozialreform, an Steuerdruck und Last und Volkserdrückung. Die christliche Arbeiterschaft werden wir aber nachdrücklichst darauf verweisen, daß sie für diejenigen Kandidaten stimmen muß, auf deren Banner geschrieben steht: Gegen die Kriegshäher — für Brot und Volksrechte. Wir werden die denkenden christlichen Arbeiter schon bewegen mit uns zu stimmen gegen den gemeinsamen Feind, wir werden sie sammeln mit dem Dichtervort: Uns bindet die Liebe, uns bindet die Not zu kämpfen für Freiheit und Brot. (Beifall.)

Parteilich-Gannover: Die Verschärfung des Wahlkampfes können wir namentlich an der ungeheuren Masse von Flugblättern konstatieren. Aber je mehr Flugblätter an die Wähler verteilt werden, desto weniger werden sie gelesen. Die Flugblätter müssen so abgefaßt sein, daß ihr Inhalt den Wählern sofort in die Augen fällt. Am besten dürften sich illustrierte Flugblätter empfehlen, wie sie bereits bei den Wahlen der Jahre 1893 und 1907 und beim preussischen Wahlrechtskampf zahlreich von uns verteilt sind. Niemand wird in Abrede stellen, daß solche Flugblätter ihre Wirkung tun. Man geht wohl nicht fehl, daß der ungünstige Ausfall der Gottentottewahlen in Sachsen auf die illustrierten Flugblätter des Reichsverbandes zurückzuführen ist. Wenn unsere Gegner mit illustrierten Flugblättern arbeiten können, dann haben die Sozialdemokraten um so mehr Material dafür. Wir brauchen nur einmal bildlich darzustellen, wie ein Arbeitsloser von Ort zu Ort geht, um Arbeit zu suchen, und dann im Schaufsee graben verhungert, wie eine Familie sich aus Nahrungssorgen das Leben nimmt, wie alljährlich Hunderttausende von Säuglingen aus Mangel an Nahrung im ersten Lebensjahre sterben. Wenn wir das schildern und demgegenüber den Ueberfluß der Reichen darstellen, dann wollen wir doch einmal sehen, ob wir dadurch nicht eine günstige Wirkung erzielen, ob dann nicht die Wähler ihr Augenmerk darauf richten und ihre Stimme für die Sozialdemokratie abgeben. Gewiß wird es manchen Wahlkreisorganisationen an Kräften hierfür fehlen, aber die Gesamtpartei wird doch wohl die nötigen Kräfte besitzen, um solche Flugblätter herstellen zu lassen. Bei den nächsten Reichstagswahlen wird der Reichsverband noch mit ganz anderen Mitteln gegen uns vorgehen, als bei der letzten Wahl. Wollen wir unser Ziel erreichen, dann müssen wir dafür sorgen, daß die Massen zu Sozialdemokraten erzogen werden. Das wird um so leichter sein, als die bürgerlichen Parteien, abgesehen von ihrem Verhalten beim Wuchertarif, sich noch niemals solche Schandthaten gegen das arbeitende Volk haben zuschulden kommen lassen wie innerhalb der letzten Jahre. Sie haben alle Veranlassung, den Parteien, die so niederträchtig am erwerbstätigen Volke gehandelt haben, die Maske vom Gesicht zu reißen. Tun wir das mit Hilfe von bildlichen Darstellungen, dann werden wir auch Erfolge erzielen. (Bravo!)

Düwcl-Berlin: Ich möchte die Warnung des Genossen Bebel, sich den Kampf gegen das Zentrum nicht so leicht vorzustellen, noch etwas unterstreichen. Manah einer, der das Zentrum nicht kennt, wird sich verwundert fragen: wie ist es möglich, daß große Kreise des deutschen Volkes trotz der offensichtlichen

Verrätereier des Zentrums dieser Partei noch Gefolgschaft leisten? Dafür müssen tiefere Gründe vorhanden sein, die Bebel ja schon skizziert hat. Mit der Theorie der dummen Kerle kommen wir aber beim Zentrum nicht aus. Wir haben es da mit einer Macht zu tun, die tief verankert im Gemüt des Volkes steht. Daraus, daß wir in katholischen Staaten kein Zentrum haben, darf man nicht den Schluß ziehen, daß das Zentrum auch bei uns leicht zu überwinden wäre. Der Kulturkampf hat natürlich ein ganz besonders festes Band um das Zentrum geschlungen. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, daß Deutschland das Geburtsland des Protestantismus ist, daß in Deutschland der katholischen Kirche zum ersten Male eine Konkurrentin entgegentrat. Wäre das katholische Volk so einseitig und so dumm, wie man nach seiner Haltung schließen könnte, so wäre die Sache für uns viel einfacher. Die Erklärung für sein politisches Verhalten liegt in seiner Psyche. Das Volk glaubt an das, was der Ultramontanismus, was die katholische Kirche lehrt. Die große Masse steht den sozialen und wirtschaftlichen Erscheinungen dieser Welt verständnislos gegenüber; sie weiß nicht, wie sie aus dem Elend herauskommen soll, und da greift sie nach dem, was die katholische Kirche ihr verspricht. Der katholische Arbeiter glaubt, weil das die einzige Möglichkeit ist, für die Mühseligkeiten und das Elend dieser Welt entschädigt zu werden. Diesen Glauben dem Volke durch einen Wahlkampf aus dem Herzen zu reißen, ist gar nicht möglich. Was wir dem Volke bieten, ist teilweise auch ein Wechsel auf die Zukunft. Genau so wie die katholische Kirche das Volk auf die Zukunft verweist, können auch wir sagen, daß das Ideal der Sozialdemokratie erst in der Zukunft verwirklicht werden kann.

Jahrzehntlang war das Zentrum im rheinisch-westfälischen Industriegebiet kapitalfeindlich; hier war kein politischer Gegner der Machthaber. In Obersachsen, wo die Zentrumsgrafen dominieren, trat das Zentrum nie kapitalfeindlich auf. In Rheinland-Westfalen hegte es mit den raffiniertesten Mitteln der Demagogie; für den katholischen Arbeiter wurde Liberalismus, Kapital und Gottlosigkeit ein Begriff. So hat das Zentrum die Massen an seine Fahne gefesselt, aber auf der anderen Seite treiben die wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeiter mehr und mehr in die Arme der Sozialdemokratie. Es besteht für das Zentrum jetzt die Gefahr, die Massen zu verlieren. Was soll es tun? Volkspolitik kann es nicht treiben, weil dann die besitzenden Kreise des Zentrums eine Revolution von oben beginnen würden, es muß also reaktionär sein und reaktionärer werden, und da schließt es mit den Konserativen einen Handel ab auf der Grundlage, daß es die wirtschaftlichen Interessen des Volkes preisgibt. Denselben Handel wird es auch mit der Großindustrie abschließen. Die Arbeiter werden den Großindustriellen als wehrloses Ausbeutungsobjekt ausgeliefert, das Zentrum bekommt dafür die Herrschaft über die Schule. Es war sehr charakteristisch, daß bei der Gründung des Hansabundes einer der einflussreichsten Großindustriellen erklärte, den Kampf gegen das Zentrum machen wir nicht mit. (Hört, hört!) Wenn wir die tiefen Ursachen der Zentrumshegemonie untersuchen, dann werden wir auch verstehen die ungeheure Macht, die die katholische Kirche durch das Zentrum auf die katholischen Arbeiter ausübt, und diese ungeheure Macht zwingt uns, im Kampf gegen das Zentrum nicht nur energisch, sondern in gewisser Beziehung auch vorsichtig zu sein. Wir dürfen nicht mit dem Knüttel auf die Religion loschlagen, wir dürfen die katholischen Arbeiter nicht als dumme Kerle behandeln, wir müssen ihnen zeigen, daß das Zentrum mit der Religion nichts zu tun hat, und daß es infolge der wirtschaftlichen Entwicklung mehr und mehr eine reaktionäre volksfeindliche Partei wird. Wenn wir so den Wahlkampf führen, werden wir auch dem Zentrum Abbruch tun. (Bravo!)

Ein von Kramer gestellter, von Neus bekämpfter Schlußantrag wird abgelehnt.

Haupt-Rede: Es ist eine sehr wichtige Sache, vor der Hauptwahl schon zu bestimmen, wie man in der Stichwahl verfahren will. Solche Beschlüsse haben wir vor der Stichwahl schon öfter revidieren müssen. Der Passus in der Resolution: „Stehen in der engeren Stichwahl 2 Kandidaten, die beide bereit sind, die aufgestellten Bedingungen zu erfüllen, so ist der Liberale dem Nichtliberalen vorzuziehen“ scheint mir zu schweren Bedenken Anlaß zu geben. 1908 sind die Freisinnigen in der Hauptwahl gänzlich ausgefallen, 1907 erhielten sie zwar etnige Mandate in der Hauptwahl, aber nicht aus eigener Kraft, sondern durch ein unnatürliches Bündnis, das ein liberaler Mann selbst als solches zwischen Karsten und Ranicken bezeichnet hat. Auch jetzt sind Sie drauf und dran schon vor der Hauptwahl die Mandate und die Kandidaten auszutauschen und wir sollen uns jetzt schon festlegen, sie zu unterstützen. Das hat große Bedenken, denn der Liberale muß sein Benehmen schon in der Hauptwahl darauf einrichten, ob er in der Stichwahl unterstützt wird. Legen wir uns aber fest, so hat er das nicht nötig. Wir haben viele Kreise, in denen es auf des Messers Schneide steht, ob der Liberale oder der Sozialdemokrat in die Stichwahl gelangt. Legen wir uns nun in der bezeichneten Weise fest, so besteht die Gefahr, daß der Freisinnige die schmutzigsten Mittel anwendet, um den Sozialdemokraten aus der Stichwahl herauszubringen, und trotzdem müssen wir ihm nachher die Stimmen geben. Ich gebe dem Genossen Bebel zu bedenken, ob dieser Passus nicht ganz zu streichen ist oder durch einen anderen zu ersetzen ist, wonach derjenige Kandidat vorzuziehen ist, dessen Partei uns Gegenseitigkeit verbürgt.

Ein von Dreyer-Altenburg gestellter Schlußantrag wird von Hinke-Berlin mit dem Hinweis bekämpft, man solle doch einigen Rednern noch Gelegenheit geben, auf die Frage der Stichwahlparole näher einzugehen und die von Haupt erhobenen Bedenken noch weiter auszuführen; Bebel habe sich wohl scharf gegen das Zentrum, nicht aber genügend scharf gegen die Liberalen gewendet.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Bebel (Schlußwort): Wenn Genosse Hinke bei seiner Befürwortung der Ablehnung des Schlußantrages hervorhob, daß ich zwar das Zentrum scharf angegriffen, nicht aber ebenso scharf die liberalen Parteien, so muß ich doch hervorheben, daß ich wiederholt auch auf die Haltung der liberalen Parteien bei den verschiedenen Vorlagen eingegangen bin und darauf hingewiesen habe, wie sie mit unseren übrigen Gegnern zusammen gestimmt haben. Ich will nicht bestreiten, daß man in einem einstündigen Vortrag nicht die ganze Situation nach allen Richtungen hin beleuchten kann. Aber so viel politische Erfahrungen haben wir alle, daß wir wissen, was wir von den Liberalen zu erwarten haben. Weiter muß ich mich gegen ein starkes Mißverständnis wenden. Genosse Haupt und mehrere andere Redner haben es so dargestellt, als wenn wir eo ipso für die Liberalen zu stimmen haben. Es ist aber in der Resolution nichts weiter gesagt, als das: stehen in engerer Stichwahl zwei Kandidaten, die beide bereit sind, die aufgestellten Bedingungen zu erfüllen, der Liberale dem Nichtliberalen vorzuziehen sei. Das ist doch sehr klar. Setzen Sie also z. B. den Fall, ein Liberale und ein Zentrumsmann stehen in Stichwahl, bei der wir also auscheiden. Wo wir selbst in Frage kommen, bieten wir selbstverständlich alles auf, um den Sieg an unsere Fahne zu heften. Nun sagt Haupt, dann wird der Liberale alles aufbieten, auch die schmutzigsten Mittel, um uns aus der engeren Wahl zu drängen. Glauben Sie, daß er das nicht so wie so tun wird? (Weiter-

Zeit.) Die schmutzigsten Mittel anzuwenden, ist nicht sein gutes Recht; aber alles aufzubieten, um uns aus der Stichwahl zu werfen, das ist sein gutes Recht. Darin hat er ebensoviel Recht wie wir. Aber ich habe die Erfahrung gemacht, daß gerade diejenigen, die die niederträchtigsten und schmutzigsten Mittel anwenden, in der Regel sehr schlecht abschneiden. (Sehr richtig!) Ich glaube also, daß der Passus in der Resolution korrekt ist und die Befürchtungen, die dagegen erhoben werden, nicht zutreffen.

Ich habe weiter zu erklären, daß wir es als selbstverständlich erachten, daß, bevor die Entscheidung in den einzelnen Wahlkreisen getroffen wird, man sich mit den Bezirks- und Landesorganisationen und dem Parteivorstand in Verbindung zu setzen hat, und daß der Parteivorstand auch in diesem Falle wie früher als eine Art Zentralinstanz für ganz Deutschland besteht.

Nun möchte ich selbst eine kleine Aenderung an der Resolution vorschlagen. Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, daß es sich unter Umständen bei der Frage in Passus 5 der Resolution auch um neue Hölle handeln kann, und daß dabei besonders der Milchzoll in Frage kommen könnte. (Sehr richtig!) Deshalb schlage ich vor, den Passus 5 folgendermaßen zu fassen: „gegen jede Erhöhung oder Neueinführung von Zöllen auf die Verbrauchsartikel der großen Masse.“ Damit ist die vorhandene Lücke ausgefüllt.

Die Genossen in Dortmund haben beantragt, zu empfehlen, daß am Tage der Wahl die Arbeit ruhe. Ich bitte Sie, im Namen des Parteivorstandes diesem Antrag nicht zuzustimmen. Wir sind mit dem Inhalt desselben vollständig einverstanden. Aber wenn wir einen derartigen Beschluß fassen, besteht die große Gefahr, daß der Glaube erweckt wird, die Genossen müßten die Arbeit ruhen lassen. Dadurch können Konflikte mit den Arbeitgebern hervorgerufen werden und Ungelegenheiten aller Art entstehen, die wir in diesem Falle vermeiden möchten. Wo man glaubt, die Arbeit ruhen lassen zu können, mag es geschehen. Aber wir raten davon ab, einen derartigen Beschluß zu fassen.

Gegen den Antrag Bernke habe ich nichts einzuwenden. Nach der Begründung halte ich es für sehr nützlich, wenn eine derartige Broschüre zur Aufklärung der Beziehungen Deutschlands und England geschrieben wird. Es wird ja möglich sein, eine solche herstellen zu lassen.

Nun eine Bemerkung gegen die „Weimarsche Zeitung“. Sie ist das antilichste Nachrichtenblatt für das Großherzogtum und bringt einen Artikel „Der Lebensnerv des deutschen Volkes“ vom heutigen Tage, dem 16. September. Demselben ist als Motto vorausgesetzt: „Wir fordern die Beseitigung der Zölle, weil wir dem deutschen Reiche den Lebensnerv abschneiden wollen. August Bebel auf dem Parteitag in Jena 1911.“ (Hört, hört!)

Das Lügen fängt bereits sehr frühzeitig an und das Fälschen und Verdrehen. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist eine ganz gemeine Fälschung und Verdrehung meiner Worte, deren sich die „Weimarsche Zeitung“ schuldig macht. Das ist eine doppelte Schande, wenn das Blatt als Amtsblatt sich zu einer solchen Fälschung herbeiläßt. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe gesagt, daß die Agrarzölle auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden könnten, daß sie, wenn nicht auf einmal, nacheinander fallen müßten, nach unserer Auffassung allerdings am liebsten gleich fallen sollten. Geschieht dieses, so kommt allerdings das Reich insofern in Verlegenheit, als bisher seine Haupteinnahmequelle die Zölle waren. Dadurch müße es für andere Einnahmequellen sorgen, und zwar müsse es nach direkten Steuern gehen. So war mein Gedankengang. (Sehr richtig!) Es ist eine Schmach und Schande für den betreffenden Herrn, in der Weise, wie es geschehen, zu berichten. (Lebhafte Zustimmung.)

Altsch-Dortmund giebt den Antrag 65 zur ü.

Der Antrag 81 wird angenommen. Die Resolution des Parteivorstandes (70) wird mit der von Bebel vorgeschlagenen Ergänzung einstimmig unter lebhaftem Beifall angenommen.

Reich-Hamburg schlägt vor, die Referate Bebel's in Broschürenform herauszugeben.

Bebel: Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. Die Vorträge kommen in ausführlicher Weise ins Protokoll. Dann bekommen wir auch für die Wahlen so viel Material, daß ich nicht weiß, wie die Parteigenossen, die mit der Agitation betraut sind, das alles lesen und verdauen sollen. Außerdem ist der Ideengang meiner Referate für die Partei nichts Neues. Ein besonderer Abdruck erscheint mir deshalb nicht notwendig.

Der Antrag Reich wird abgelehnt.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Bebel (zur Geschäftsordnung): Es schwirren hier auf dem Parteitag allerlei Gerüchte. Mir ist von verschiedenen Seiten die Mitteilung zugegangen, daß ein Teil der Jenaer Studentenschaft, der hier anwesend ist, den Gedanken erörtert hat, ob er nicht in irgendeiner Form heute nachmittag das Marktfest stören könnte. (Lebhafte Rufe der Entrüstung.) Ich halte natürlich diese Gerüchte für einen Unsinn. Ich bin der Meinung, daß diese Studenten, die doch den besitzenden und gebildeten Klassen angehören, selbst bereits durch ihre Erziehung ein solches Maß von Bildung genossen haben müssen, daß sie sich schämen müßten, eine derartige Provokation herbeizurufen. (Stürmische Zustimmung.) Aber wenn es dennoch wahr sein sollte, was ich nicht für möglich halte, sollte in der Tat ein solcher Versuch gemacht werden, uns in unserem Vergnügen zu stören, na, dann lassen wir mit uns reden. (Geisterkeit.) Dann kann ich den Herren antworten, sie möchten sehr vorsichtig sein und ihren Bude! entsprechend wappieren. (Stürmische Geisterkeit.)

Vorsitzender Leber: Das Komitee hat gestern abend erfahren, daß die hier anwesenden Studenten und auch die, die in der Nähe wohnen, gestern abend im „Weimariischen Hofe“ eine Sitzung abgehalten haben, um zu beraten, wie sie unser Fest stören können. (Lebhafte Witze.) Wir haben sofort Maßnahmen getroffen. Es ist mir mitgeteilt worden, daß die Herren schon einen Umzug arrangiert haben. Wir lassen uns aber nicht stören. Wir werden so handeln, wie es notwendig ist. (Lebhafte Beifall.)

Der Parteitag wendet sich der Beratung von Anträgen zu, die als

Sonstige Anträge

zusammengefaßt sind.

Die Anträge 26, 51 und 67 werden nicht genügend unterstützt.

Dümel begründet den Antrag 52: Die Gewerkschaften haben von ihrem Rechte, Plätze der Parteischnitzschule zu belegen, nicht genügend Gebrauch gemacht. Es ist vorgekommen, daß die Hälfte der Plätze nicht besetzt war. Darum soll jetzt die Möglichkeit gegeben werden, freibleibende Plätze anderweitig zu besetzen.

Heinrich Schulz: Im Einverständnis mit dem Parteivorstand bitte ich, den Antrag dem Parteivorstand zu überweisen. Es ist nicht richtig, daß die Hälfte der Plätze leer geblieben ist, freilich sind nicht alle besetzt worden. Dieser Umstand ist bereits von dem Lehrerkollegium der Parteischnitzschule erörtert worden.

Der Antrag wird dem Parteivorstand überwiesen.

Kupferschmidt-Berlin begründet den Antrag 53: Unser Antrag will den Leipziger Schnapsbojottbeschuß bekräftigen. Gerade bei den Reichstagswahlen ist es angebracht, den Schnapsbojott erneut durchzuführen, denn Leute, die

Schnaps trinken, die folgen nicht uns, sondern den Gegnern, und unsere Gegner verwenden, namentlich im Osten, den Schnaps nicht selten zur Wahlbestechung. Wir gewinnen gerade durch die Schnapsbekämpfung immer mehr Anhänger und die Frauen himmen gerade diesem Kampfe besonders freudig zu. Was für entsetzliche Folgen hat doch der Schnapsgenuss, wie viele Tausende von Familien leiden furchtbar. Der Beschluß des Leipziger Parteitages hat den Schnapsjunkern schweren Abbruch getan, das muß aber noch besser werden. Der Schnapskonsum betrug pro Kopf 1908/1909 4,2 Liter Alkohol, nach dem Leipziger Beschluß aber 1909/1910 nur noch 2,08 Liter. (Bravo!) Wenn das so weiter geht, dann können wir es bald erreichen, daß an die Schnapsbrenner keine Liebesgaben mehr bezahlt werden können. Das ist auch eine indirekte Steuerverkürzung und ein nützliches Beispiel für die Jugend.

Der Antrag wird angenommen.

Zum Antrage 54 führt

Mollenhuth aus: Es ist ja schon öfter auf dem Parteitage gewünscht worden, daß die Parteiblätter solche Inserate oder auch bestimmte Gruppen von anderen Inseraten nicht aufnehmen sollen. Aber auf einem Parteitag kann man das nicht beschließen. (Sehr richtig!) Was soll denn als Schnapsinserat gelten? Da sind die großen Warenhausanzeigen, welche eine große Einnahme der Parteipresse bilden und wo neben Wäsche, Teppichen, Gemüse usw. auch mal Hum oder Kognak verzeichnet steht. Was soll man da machen? Oder ein Parteigenosse macht bekannt, daß er eine Wirtschaft übernommen hat. Ist das ein Schnapsinserat, weil er doch in seiner Wirtschaft auch Schnaps verkauft? Wird der Antrag angenommen, dann wird es bald kein Parteiblatt geben, das nicht gelegentlich unabsichtlich gegen ihn verstößen würde. Die Presskommissionen in den einzelnen Orten können Bestimmungen treffen, welche Inserate aufgenommen werden sollen und welche nicht, aber mit einem solchen Parteitagbeschuß ist da nichts zu machen. (Zustimmung.)

Der Antrag wird abgelehnt.

Zur Resolution 56 ergreift das Wort

Göhre: Der gedankliche Inhalt der Resolution weist deutlich auf das Problem hin, das gegenwärtig das wichtigste in der Genossenschaftsbewegung ist. Es wird charakterisiert durch die Tatsache, daß die Genossenschaftsbewegung, wie sie sich im Zentralverband deutscher Konsumvereine entwickelt hat, getragen wird zu neun Zehnteln von Arbeitermitglidern, unter denen, wie auch der Generalsekretär Kauffmann es einmal konstatierte, wieder der größte Teil sozialdemokratische Arbeiter sind. Die Konsequenz dieser Tatsache ist, daß die Konsumvereinsbewegung selbstverständlich im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleitet und weiter gefördert werden muß. Das geschieht nach der Meinung auch eines großen Teiles der Mitglieder der Konsumgenossenschaften heute noch nicht oder nicht in wünschenswertem Maße. Hier liegt die Wurzel der Gegensätze, die gegenwärtig innerhalb der Bewegung bemerkbar sind. Wohl keiner in diesem Saale fordert, daß die schon geschichtlich gewordene Neutralität der Genossenschaften durchbrochen werden soll. Diese ist nicht nur durch die Gesetzgebung, sondern auch durch das eigene Interesse der Konsumgenossenschaften geboten. Keiner von uns wird also das Ansuchen stellen, daß die Genossenschaftsbewegung Parteipolitik treiben soll, am allerwenigsten in dem Sinne, daß der Sozialdemokratie wirtschaftliche Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen, wie in Belgien. Das ist bei uns auch nicht nötig, denn die Partei bringt genug aus eigener Kraft auf. Wir verstehen vielmehr unter Neutralität ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis zwischen den Genossenschaften und der übrigen Arbeiterbewegung, ein Verhältnis brüder-